Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 820.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134. Montag, den 11. Juni 1917. 24. Jahrg.

Ums gleiche Wahlrecht!

Von Otto Braun.

Das preußische Abgeordnetenhaus, das vor einiger Zeit in die Ferien gegangen, tritt vor dem 9. Oktober nicht wieder zusammen. Für die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts — dieser dringendsten innerpolitischen Aufgabe der Gegenwart, die auch die kaiserliche Osterbotschaft in Aussicht stellt — kommt der preußische Landtag sonach bis zum Herbst nicht in Frage. Und das ist gut so. Denn bei der Zusammensetzung dieses Parlaments ist von ihm auf legalem Wege weder die radikale Beseitigung des Klassenwahlrechts, noch die Einführung des gleichen Wahlrechts zu erwarten. Darüber lassen das frühere Verhalten und die neuerlichen Kundgebungen der maßgebenden Parteien keinen Zweifel.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle anderen Bundesstaaten ist aber der Hauptpunkt in dem Programm der Neuorientierung Preußen-Deutschlands. Durch kein Zugeständnis auf andern Gebieten kann und wird das preußische und deutsche Volk sich bewegen lassen, diese Hauptforderung aufzugeben oder sich von ihr etwas abhandeln zu lassen. Das gebietet sein innerpolitisches wie außerpolitisches Lebensinteresse.

Daß das gleiche Wahlrecht der Kernpunkt des innerpolitischen Reformprogramms ist, dessen baldige Durchführung das deutsche Volk gebieterisch fordern muß, erhellt auch daraus, daß gegen diese Forderung sich vornehmlich der Kampf der Nutznießer des herrschenden reaktionären Regimes richtet.

Nachdem in der Osterbotschaft das indirekte und geheime Wahlrecht in Aussicht gestellt worden ist, hat man sich in jenen Kreisen, da man dort noch auf den Schein monarchischer Loyalität einigen Wert legt, damit abgefunden. Das Klassenwahlrecht aber wird zwar in der Kundgebung des Königs negiert, aber nichts Positives als Ersatz in Aussicht gestellt.

Für die weitesten Volkskreise ist es ganz natürlich, daß es nur durch das gleiche Wahlrecht ersetzt werden kann. Nicht so für die konservativen Junker und die sonstigen enragierten Vertreter von Bildung und Besitz. Diese mühen sich in zahllosen Publikationen ab, um einen geeigneten Klassenwahlrechtsersatz auszuklügeln.

Daß dabei die absonderlichsten Vorschläge zutage gefördert werden, kann bei dem krampfhaften Bemühen dieser Projektemacher, das Natürliche und Gerechte unter allen Umständen zu umgehen, nicht wunder nehmen. Immerhin haben sie alle das gemeinsame Ziel: die Vereitelung des gleichen Wahlrechts und die Erhaltung von Vorrechten für die Besitzenden.

Zur Erreichung dieses Zieles wird von den Gegnern des gleichen Wahlrechts am eifrigsten das Pluralwahlrecht befürwortet, das im Grunde genommen auch nichts anderes als ein Klassenwahlrecht ist. Sind auch die Merkmale für die Klassifizierung der Wähler nach diesem Wahlrecht andere und vielgestaltigere, als der rohe Geldsackmaßstab des Dreiklassenwahlsystems, so kommt das letzten Endes doch auf die Schaffung der Wählerklassen hinaus, denen bei Erfüllung bestimmter Anforderungen mehr oder weniger Uebergewicht bei der Wahl der Volksvertreter eingeräumt werden soll.

Ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß das Wahlrecht des einzelnen Wählers nach seiner politischen Einsicht sowie nach seiner Bedeutung für das Staatswesen und das Wirtschaftsleben abgestuft werden müsse, werden für die Gestaltung eines solchen Mehrheitsstimmrechts Vorschläge gemacht, die bei näherem Zusehen sich selbst im Hinblick auf die leitenden Gesichtspunkte ihrer Befürworter als unsinnig erweisen.

So wird vorgeschlagen, den Wählern mit sogenannter höherer Bildung eine Zusatzstimme zu geben, obwohl die tägliche Erfahrung lehrt, daß eine selbst durch mehrere Examina abgestempelte Bildung oft nicht vor völliger Unerfahrenheit und Einsichtslosigkeit auf politischem Gebiet schützt.

Auch den Wählern, die ein gewisses Alter erreicht und solchen, die eine größere Kinderzahl in die Welt gesetzt haben, empfiehlt man Zusatzstimmen zu geben. Ob das Vorliegen dieser Merkmale aber gerade als Nachweis für höhere politische Einsicht des Wählers und seine größere Bedeutung für das Staatswesen und das Wirtschaftsleben gelten kann, darf billig bezweifelt werden. Man wird niemand glauben machen können, daß der masurische Kleinbauer an der russischen Grenze, der kaum lesen und schreiben kann, indessen ein halbes Dutzend oder noch mehr Kinder sein eigen nennt, den intelligenten Arbeiter oder technischen Angestellten in der Stadt an politischer Einsicht und Erfahrung so weit überragt, daß ihm eine Stimme mehr bei der Wahl zukommt. Geht es nach den Vorschlägen der Agrarkonservativen, die auch jedem Grundbesitzer und selbständigen Landwirt eine Stimme mehr zuteilen wollen, dann würde dieser brave Masure den vorerwähnten städtischen Wähler im Wahlrecht um das Zwei- und Dreifache überragen.

Gewiß, die Freunde und Nutznießer des reaktionären Regimes in Preußen-Deutschland kämen dabei auf ihre Rechnung, nicht so Vernunft und Gerechtigkeit, wie überhaupt die wirtschaftliche, politische und kulturelle Fortentwicklung unseres gesamten Staatswesens. Sie würden dann ebenso leiden wie zur Zeit, wo sich ihnen die auf dem Klassenwahlrecht in Preußen beruhende junkerliche Oberherrschaft als Bremsklotz entgegenstemmt.

Deshalb müssen alle Versuche, die zum Tode verurteilte Dreiklassenschmach in Form eines gleichviel wie gearteten Mehrstimmenrechts wieder zum Leben auferstehen zu lassen, mit allen Mitteln bekämpft werden. In ganz Europa hat das, die großen werktätigen Volksmassen entrechtende Klassenwahlrecht keinen Raum mehr; es muß auch aus seinem letzten Schlupfwinkel in Preußen-Deutschland mit Stumpf und Stiel ausgerottet und jeder Versuch, es in anderer nicht minder ungerechter Form wieder einzuschmuggeln, schon in seinen Anfängen mit dem größten Nachdruck zurückgewiesen werden. Dort, wo dieser Klassenwahlrechtsersatz in Form des Mehrstimmenrechts besteht, wie in Sachsen, geht man nunmehr, wie die Einsetzung eines Verfassungsausschusses im sächsischen Landtage beweist, ernstlich daran, mit diesem unsinnigen Wahlunrecht aufzuräumen. Eine Herausforderung empörendster Art wäre es da doch, wollte man in der jetzigen Zeit dem preußischen Volke ein solches Zerrbild von Wahlrecht zumuten. Das müßte insbesondere bei den Millionen, die draußen ohne Rücksicht auf höhere oder niedrige Bildung, auf Familienstand, Grundbesitz oder sonstige Stellung im Wirtschaftsleben alle in gleichem Maße ihr Blut vergießen für die Sicherheit und den wirtschaftlichen wie politischen Fortbestand unseres Landes, die größte Erbitterung auslösen, wollte man ihr Mitbestimmungsrecht in diesem mit so unsäglichen Opfern verteidigten Lande nach irgend welchem mehr oder weniger unsinnigen und ungerechten Maßstab abstufen.

Nein,

die Zeit für alle Klassen- und sonstige Vorrechte ist endgültig vorüber.

Das gleiche Wahlrecht ist die gebieterische Forderung der Zeit!

Da von den auf Grund von Klassenwahlrechten gewählten und nach Standesprivilegien zusammengesetzten Landesparlamenten eine restlose und schnelle Verwirklichung dieser Forderung nicht zu erwarten ist, ist es die vornehmste und dringendste Aufgabe des Parlaments des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, des deutschen Reichstages, hier gründliche und schnelle Arbeit zu leisten.

Der Verfassungsausschuß muß allen verfassungsrechtlichen Kleinkram vorerst beiseite schieben und sich auf das eine Ziel konzentrieren: **das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten!**

Freilich, das starre System der Wahlkreiseinteilung, das die Bevölkerungsverschiebungen nicht berücksichtigt, hat selbst dort praktisch eine Ungleichheit des Wahlrechts gezeitigt, wo, wie im Reiche, das gleiche Wahlrecht gesetzlich gegeben ist. Da seit über 40 Jahren die Abgrenzung der Wahlkreise unverändert geblieben ist, hat tatsächlich der Reichstagswähler in Stallupönen ein zwanzigmal größeres Wahlrecht als der Wähler, der im Riesenwahlkreis Teltow-Beeskow wohnt.

Diese Ungleichheit kann durch Neueinteilung der Wahlkreise vor jeder Wahl beseitigt werden. Da diese aber in wahltechnischer wie parteipolitischer Hinsicht nicht ganz unbedenklich ist, kann lediglich durch weitmöglichste Anwendung des Verhältniswahlsystems das gleiche Wahlrecht für jeden Wähler sichergestellt werden. Dazu ist weiter auch noch die gesetzliche Festlegung des Wahltages auf einen Sonntag erforderlich, damit jeder Wähler, unbehindert durch seine wirtschaftliche Tätigkeit, in gleichem Maße sein Wahlrecht ausüben kann.

Die

Sicherstellung des gleichen Wahlrechts im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden ist die unerläßliche Vorbedingung für die Demokratisierung Preußen-Deutschlands und somit die erste dringendste Aufgabe der Neuorientierung,

auf deren schnellste Lösung alle politischen Kräfte des Reiches eingestellt werden müssen. Das allgemeine, das direkte und geheime Wahlrecht nützt uns wenig, wenn nicht die **Gleichheit des Stimmrechts** für alle mündigen Männer und Frauen gewährleistet ist. Deshalb muß auf diesen Punkt der Kampf um die Neugestaltung unseres mit so großen Strömen kostbaren Blutes verteidigten Landes konzentriert werden.

Stockholm.

Stockholm, 8. Juni. (Eigener Bericht.) Die internationale **Gewerkschaftskonferenz** wurde heute eröffnet. Anwesend sind aus Schweden Lindquist, der den Vorsitz führt, und Söderberg, aus Dänemark Madsen und Hedebol, aus Norwegen Ole Olian und Orre, aus Holland Oudegeest, aus Deutschland Legien, Bauer, Sassenbach, aus Oesterreich Hueber, aus Ungarn Jasquai, aus Bulgarien Sakharoff, aus Finnland Wiit. Die Konferenz genehmigte den Vorschlag Lindquists und Legiens, die sachliche Beratung über gewerkschaftliche Friedensforderungen erst zu beginnen, wenn auch die Gewerkschaften der Ententeländer, sowie Amerikas und Spaniens vertreten sein werden. Die Darstellung Legiens über das Zustandekommen der heutigen Konferenz ergab, daß die **französische** und **italienische Zensur** die rein gewerkschaftlichen **Schreiben** dorthin und nach Spanien **konfiszierte** und daß der **leitende englische Ausschuß die Beteiligung vorläufig abgelehnt** hat. Beschlossen wurde folgende Einladung zu einer allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz:

Die heutige Konferenz, zu der die Gewerkschaften Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Bulgariens und Finnlands Vertreter entsandt haben, hat Kenntnis von dem Programm der Gewerkschaftskonferenz zu Leeds im Juli 1916 und von dem Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus genommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeiterrechte, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung als eine der wichtigsten Bestimmungen in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Fragen die Arbeiterklasse der ganzen Welt aufs stärkste berühren, hält die Konferenz es nicht für zweckmäßig, jetzt in endgültige Beratungen einzutreten. Sie beschließt daher die **Einberufung einer neuen Konferenz auf den 17. September 1917 nach der Schweiz**, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht sei. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für zweckmäßig, daß zu der neuen Konferenz nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschafts-Bureaus nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande gestattet werden müssen, wobei aber bei Abstimmung jedes Land nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse sein und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

Mit brüderlichem Gruß folgen die Unterschriften sämtlicher Konferenzteilnehmer, voran die aus neutralen Ländern. Auf Antrag Huebers wurde noch folgender Zusatz beschlossen: In Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz allen Widrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrechterhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollzählig beschickt sein wird. Damit ist im wesentlichen die Tagesordnung erledigt.

Stockholm, 9. Juni. Der Internationale Gewerkschaftskongreß beschloß, an Jouhaux, den Vorstand des Generalausschusses der Gewerkschaften Frankreichs ein Telegramm zu senden, in dem er die Beschlüsse in Leeds im Juli 1916 als ein günstiges Zeichen des guten Willens begrüßt, das zu beseitigen, was seit dem Kriege die Arbeiter trennt. Der Kongreß beschloß nach dem Vorschlage Legiens dem **Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg** telegraphisch den **Wunsch** zu übermitteln, daß er sich auf der Zusammenkunft in der Schweiz vertreten lassen möge.

*

Zur Frage der Teilnahme belgischer Sozialisten an den Stockholmer Konferenzen teilt „Socialdemokraten" mit, daß auch die Parteigenossen in dem besetzten Belgien bei den Beratungen vertreten zu sein wünschen und Anseele nach Stockholm schicken wollen.

*

Vandervelde telegraphiert an „Daily Chronicle" aus Petersburg, daß die anwesenden Sozialisten der Alliierten sich weigerten, mit den Vertretern der deutschen Mehrheitssozialisten zusammen zu kommen, und daß sie sich mit dem russischen Vorschlag, wonach die Sozialisten ihre Regierungen nicht länger unterstützen sollten, nicht einverstanden erklären könnten. Vandervelde sagt, die Sozialisten der Alliierten seien endgültig entschlossen, im Juli in London zusammenzukommen. Die russischen Sozialisten würden selbstverständlich auch eingeladen werden. Falls sie die

Einladung annehmen, könne man über die Frage einer allgemeinen Konferenz reden.

Durch ein derartiges Verhalten machten sich diese Sozialisten mitschuldig an dem Fortgang des entsetzlichen Mordens; sie laden eine enorme Schuld auf sich.

Die Kriegslage.

Im Wytschaete-Abschnitt hielt am 9. Juni die Erschöpfung der Engländer an. Auch die Artillerietätigkeit blieb in mäßigen Grenzen. Lediglich am Ypern-Kanal nahm sie nachmittags zu und steigerte sich in den Abendstunden gegen die deutschen Batteriestellungen südlich von Douve und im Hintergelände. Die deutsche Artillerie legte auf gefüllte englische Gräben im Ploegsteert-Walde und nordwestlich davon Vernichtungsfeuer. Die Versuche der Engländer, sich in dem gewonnenen Gelände einzurichten, wurden wirksam durch flankierendes Feuer der deutschen Artillerie im Ypern-Abschnitt sowie durch Batterien nördlich von Lille bekämpft. Südwestlich von Hollebeke wurde ein erfolgreicher Gegenstoß gemacht, der den Engländern mehrere Selbstladegewehre abnahm.

Auf der ganzen Artois-Front blieb das Artilleriefeuer am 9. Juni mäßig. Infanterieangriffe erfolgten nirgends. Auch hier erheischten die schweren Verluste, die die Engländer bei den vergeblichen Angriffen gegen Lens am 8. Juni erlitten, eine Ruhepause sowie die Umgruppierung der abgekämpften Truppen. Wie nachträglich gemeldet wurde, wurde hier ein Angriff in sechs Kilometer Breite von etwa zwei kanadischen und einer englischen Division vorgetragen. Die Kämpfe waren äußerst erbittert, wovon die hohen und blutigen Verluste der Engländer ein beredtes Zeugnis ablegen. Bei der Säuberung des letzten Engländernestes und des Vorgeländes konnten diese Verluste einwandfrei festgestellt werden. In der Gegend von St. Quentin wurden mehrfach feindliche Patrouillen in der Nacht zum 9. Juni und am Vormittag des 9. Juni abgewiesen. Am Nachmittage des 9. Juni brachte ein erfolgreich vorgehender deutscher Sturmtrupp bei Alaincourt 16 französische Gefangene und drei Maschinengewehre zurück. An der Aisne-Front war infolge der schlechten Sicht die Artillerietätigkeit gering. Lediglich auf dem Fort Malmaison lag tagsüber englisches Dauerfeuer aus schweren Kalibern. In der Nacht zum 9. Juni machte ein bayrischer Stoßtrupp eine erfolgreiche Unternehmung bei Le Vaccau. In der westlichen Champagne sowie im Verdun-Abschnitt holten zahlreiche Patrouillen unter gleichzeitiger Erfüllung ihrer Aufgabe Gefangene und Schnellladegewehre aus den feindlichen Gräben.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 10. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Im Kampfgebiet zwischen Ypern und dem Ploegsteert-Walde war nach ruhigem Vormittag der Artilleriekampf erst gegen abend, vornehmlich auf dem Flügel, gesteigert. Nachts stießen mehrfach englische Kompagnien gegen unsere Linien vor; sie wurden überall abgewiesen.

*

An der übrigen Front blieb bei schlechter Sicht die Gefechtstätigkeit fast durchweg gering.

Bei Alaincourt an der Oise, südlich von Seine in der West-Champagne, an der Nordostfront von Verdun und im Apremont-Walde drangen unsere Sturmtrupps in die französischen Gräben ein und kehrten mit einer erheblichen Anzahl von Gefangenen zurück. Bei Abwehr eines feindlichen Erkundungsvorstoßes bei Flirey blieben mehrere Franzosen in unserer Hand.

*

In Flandern verlor der Gegner vorgestern 10, gestern 6 Flugzeuge in Luftkämpfen und durch Abwehrfeuer.

Vor einigen Tagen hat Vizefeldwebel Müller seinen 14. Gegner im Luftkampf abgeschossen.

Auf dem Oestlichen Kriegsschauplatz und an der Mazedonischen Front nichts von Bedeutung.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 10. Juni, abends. (Amtlich.)

Auf allen Fronten, auch im Wytschaete-Bogen im allgemeinen ruhiger Tag.

*

Wien, 9. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In den Waldkarpathen und in Ostgalizien stellenweise lebhafteres Geplänkel. Sonst Artilleriefeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Isonzo keine besonderen Ereignisse. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hält der Geschützkampf in wechselnder Stärke an. Ein im Zebio-Gebiet durch feindliche Sprengung entstandener Trichter wurde von unseren Truppen im Handgranatenkampfe gegen italienische Angriffe behauptet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

*

Wien, 10. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien an mehreren Stellen erhöhte russische Gefechtstätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Isonzo-Armee nichts Neues. Im Sugana-Tal und auf der Hochfläche der 7 Gemeinden entwickelte sich gestern nachmittag heftiger Artilleriekampf, der seit heute früh in erhöhter Stärke fortgesetzt wird. Beim Feinde herrscht rege Bewegung.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Gegnerische Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 9. Juni, nachmittags: Unsere Batterien zeigten sich während der Nacht in der Gegend nördlich St. Quentin sehr tätig. Auf dem Chemin des Dames erneuerten die Deutschen ihre Versuche an verschiedenen Stellen der Front südlich von Filain bis südlich von Corny, während der Artilleriekampf in diesem ganzen Abschnitt mit Heftigkeit weitergeht. Vier aufeinanderfolgende Angriffe auf einen unserer Gräben nordöstlich von Corny brachen zusammen und wurden durch unser Feuer zerstreut. Zwei Handstreiche nördlich der Ferme Froidmont hatten denselben Mißerfolg. Der Feind erlitt empfindliche Verluste ohne das geringste Ergebnis zu erzielen. Südöstlich von Corbeny, südlich von Cerny und am Chevalier-Gehölz wurden feindliche Abteilungen, die in unsere Linien zu dringen versuchten, leicht abgewiesen. Wir machten Gefangene, darunter einen Offizier.

Abends: Der Artilleriekampf war zeitweilig in der Gegend südlich von St. Quentin und nordwestlich von Berry-au-Bac, wo ein feindlicher Handstreich leicht abgewiesen wurde, heftig lebhaft. Auf der übrigen Front Ruhe.

Belgischer Bericht: Ziemlich lebhafte Artillerietätigkeit bei Steenstraate und Het Sas.

Englischer Bericht vom 9. Juni, nachmittags: Gestern abend setzte der Feind nach starker Artillerievorbereitung einen heftigen Gegenangriff gegen den größten Teil unserer neuen Front südlich von Ypern an. Der Angriff erstreckte sich von Stynes bis nördlich des Ypern-Comines-Kanals in einer Entfernung von etwa 6 Meilen. Der Angriff wurde mit starken Kräften, die aus frischen, aus den feindlichen Reserven herangeführten Divisionen bestanden, durchgeführt und mit großer Entschlossenheit vorgetrieben. Durch das Vernichtungsfeuer unserer Artillerie und unserer Maschinengewehre wurde er an allen Punkten vollständig abgewiesen. Der Kampf war östlich von Messines besonders heftig, außerdem bei Klein-Zillebeke und nördlich des Kanals. Um Mitternacht waren die feindlichen Angriffe längs der ganzen Linie mit großen Verlusten zusammengebrochen. Unsere Truppen sind im Besitz des ganzen von uns seit Beginn der Schlacht gewonnenen Geländes. Wir führten in der letzten Nacht mit vollem Erfolge weiter südlich an der weiten Front von südlich von Lens bis La Bassee Unternehmungen aus. Südlich des Souchez-Flusses drangen unsere Truppen auf einer Front von mehr als 2 Meilen Länge in die feindlichen Stellungen ein; sie kamen über eine halbe Meile tief in die Gräben hinein. Dem Feinde wurden schwere Verluste zugefügt, über 70 Gefangene gemacht und eine Anzahl Maschinengewehre erbeutet. Unsere Verluste sind leicht. Wir drangen auch erfolgreich in die feindlichen Gräben nördlich des Souchez-Flusses, südöstlich von Loos und südwestlich von La Bassee ein. Eine große Zahl Deutscher wurde getötet. Die feindlichen Verteidigungsanlagen wurden schwer beschädigt. Weitere 24 Gefangene, darunter drei Offiziere und mehrere Maschinengewehre wurden eingebracht. Der vom Feinde noch gehaltene Teil der Hindenburg-Linie westlich von Bullecourt wurde in der letzten Nacht von unseren Truppen heimgesucht und viele Männer der feindlichen Besatzung getötet oder gefangengenommen.

Abends: Ruhiger Tag südlich von Ypern. Auf der rechten Seite der neuen Stellungen gingen wir etwas vor. Die Gesamtzahl der seit dem 7. Juni gemachten Gefangenen übersteigt 7000.

Rußland.

Kongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte und Frontausschüsse.

Am 21. Mai hat das Exekutivkomitee des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates an sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte sowie an die Heeresorganisationen an der Front durch Rundschreiben die Einladung zu einem allrussischen Kongreß für den 13. Juli ergehen lassen. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat schreibt folgende Tagesordnung vor:

Stellungnahme zum Kriege, Fragen der Landesverteidigung und des Kampfes für den Frieden, die revolutionäre Demokratie und die Regierungsgewalt, die Vorbereitung zur Einberufung der Konstituante, die nationalen Fragen in Rußland, Arbeiter-, Bauern- und Soldatenfragen, Organisationen der Produktion, Regelung des Verkehrs und der Verkehrskontrolle, Fragen der Ernährung und Finanzpolitik.

*

Unter dem neuen Regime.

Der Oberbefehlshaber der Westfront, General Gurko, ist zurückgetreten und hoffte jedenfalls, sich dadurch auf anständige Weise mancherlei vielleicht drohender Unannehmlichkeiten zu entziehen. Er hat jedoch die Rechnung ohne Kerenski gemacht. Dieser hat auf Grund seines Befehls vom 18. Mai, der den Truppenführern und Offizieren die Einreichung von Abschiedsgesuchen verbietet, verfügt, daß General Gurko, der trotzdem sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, vom Oberbefehl an der Westfront zu entheben und zum Divisionskommandeur zu ernennen sei.

*

Sie wollen nicht mehr.

Der „Secolo" meldet aus Saloniki: Auch an der Saloniki-Front wurden die russischen Truppen aus unbekannter Ursache entfernt und vorläufig hinter die Front gebracht.

*

Die Lage in Kronstadt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Kronstadt sandte an die vorläufige Regierung folgende Erklärung:

„Die in der Sitzung am 6. Juni auf die Fragen der Minister Tseretelli und Skobelew angenommenen Antworten stellen weder Aufklärungen noch Entschließungen dar, sondern nur die Antworten auf die den Ministern oder dem Vollzugsausschuß gestellten Fragen und nichts weiter. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält die in der Entschließung vom 29. Mai und in den darauf bezüglichen Aufklärungen vom 3. Juni aufgestellten Gesichtspunkte aufrecht, wonach der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat die einzige Autorität in Kronstadt darstellt."

Nach dieser Erklärung war die vorläufige Regierung einmütig der Ansicht, daß es unumgänglich nötig sei, die radikalsten Maßnahmen zur Regelung der Kronstadter Angelegenheit zu ergreifen. Zu diesem Zweck beschloß sie die Veröffentlichung der Verlautbarung an die Bürger von Kronstadt, daß alle Regierungsbefehle unweigerlich von ihnen auszuführen seien und daß die vorläufige Regierung gleichzeitig dem Befehlshaber der Ostseeflotte befiehlt, alsbald alle Schnellschiffe aus Kronstadt nach Bjorkoe und Trangsund zu Manövern auslaufen zu lassen.

*

Die Gärung im russischen Heere.

Reuter meldet aus Petersburg: Vier Regimenter der siebenten Armee haben gemeutert. Die Rädelsführer werden sich vor einem Kriegsgericht zu verantworten haben.

*

Die Bauern für einen annexionslosen Frieden.

Die Versammlung der Bauernabgeordneten nahm folgende Entschließung an: Die Bauern erstreben einen gerechten Frieden ohne demütigende Annexionen und ohne Entschädigungen auf dem Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes. Die zwischenstaatlichen Beziehungen und Verträge müssen der Prüfung der beteiligten Völker unterworfen werden. Streitfälle können durch zwischenstaatliche Gerichtshöfe, nicht durch Gewalt geregelt werden. Die Versammlung weist einen Sonderfrieden von sich, sie heißt die Vereinigung der Arbeiter gut. Sie hält es für ihre Pflicht, Rußland kraftvoll zu verteidigen, ohne vor Opfern zurückzuschrecken, die Kampfkraft der Armee zu heben und für das Wohl und Erbgut des russischen Volkes zu kämpfen. Die Versammlung fordert die Armee auf, sich der freien Mannszucht zu unterwerfen und das revolutionäre Rußland der Bauern und Arbeiter zu verteidigen. (Gegen wen?) Sie erteilt diesem Krieg ihren Segen und wird das vergossene Blut nicht vergessen.

Kriegsminister Kerenski ordnete an, diese Entschließung allen Teilen der Armee und Marine vorzulesen.

England.

Paßfreiheit für Petersburg, nicht für Stockholm.

Aus dem englischen Unterhaus berichtet Reuter: In Erwiderung auf die Anfrage, betreffend die Pässe für Ramsay, Macdonald und Jowett sagte Lord Cecil: Das Kriegskabinett beschloß nach reiflicher Überlegung, daß es wünschenswert ist, die Pässe auszustellen, wenn darum ersucht wird. Die russische Regierung drückte eindringlich und wiederholt den Wunsch aus, daß Vertreter der Minderheit sowohl wie der Mehrheit der arbeitenden Klassen die Erlaubnis erhielten, Petersburg zu besuchen. Er bezeichnete dabei die unabhängige Arbeiterpartei als einen der Verbände, der nach ihrem Wunsche die Gelegenheit dazu erhalten sollte. Im Kriegskabinett wurde von maßgebenden Persönlichkeiten, darunter Botschafter Buchanan und Henderson erklärt, daß die Paßverweigerung zu einem sehr ernsten Mißverständnis bei unseren russischen Verbündeten führen und in Rußland eine große Entmutigung unter denen verursachen würde, die am meisten bemüht sind, den Kampf für die Freiheit mit voller Tatkraft durchzuführen. Wenn die Pässe gegeben werden, werden sie für Petersburg ausgestellt. Es besteht nicht die Absicht, die Inhaber dieser Pässe in die Lage zu setzen, in Stockholm an irgend einer Konferenz teilzunehmen, noch mittelbar oder unmittelbar mit den feindlichen Untertanen in Stockholm oder sonstwo zu verkehren. Unter dieser ausdrücklichen Vereinbarung werden die Pässe ausgestellt. Ich höre, daß die Vertreter der Anschauungen der großen Mehrheit der arbeitenden Klasse ebenfalls Pässe für Petersburg wünschen und diese werden ebenfalls, falls sie verlangt werden, ausgestellt. Ballaire fragte hierauf: Wird Cecil eine schriftliche Verpflichtung von den Paßinhabern verlangen, daß sie an keiner Konferenz in Stockholm oder sonstwo teilnehmen werden? Cecil antwortete: Das ist eine Sache, die vom Kriegskabinett abhängt und nicht gerade vom Auswärtigen Amt, aber jede vernünftige und geeignete Vorsichtsmaßnahme wird in dieser Hinsicht getroffen. Ramsay Macdonald fragte: Besteht die Absicht, daß wir in Stockholm mit einer solchen Persönlichkeit wie Branting verkehren dürfen, oder ist dies durch eine Bedingung ausgeschlossen, unter der die Pässe ausgestellt werden? Cecil antwortete: Wie ich annehme, ist vom Kriegskabinett die Bedingung gestellt worden, daß kein mittelbarer oder unmittelbarer Verkehr mit dem Feinde stattfinden darf. Ich kenne keine Möglichkeit, genauer zu bestimmen, was beabsichtigt wird. Wie das Haus wohl weiß, ist Branting nicht nur ein hochangesehener Staatsmann in Schweden, sondern auch der Sache der Alliierten keineswegs feindlich gesinnt. (Beifall.) Outhwaite fragte: Weiß Cecil, daß die Vertreter des Arbeiterrates in Petersburg Verhandlungen mit dem Feinde pflegen und daß diese Vertreter — — — hier unterbrach ein Sprecher den Abgeordneten, der seinen Satz nicht beenden konnte. Der Grund der Unterbrechung war, daß der Sprecher die Anfrage Outhwaites als „nicht zur Sache gehörig" bezeichnete.

Der Seekrieg.

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Berlin, 9. Juni. (Amtlich.)

1. In den nördlichen Sperrgebieten sind 19 100 Bruttoregistertonnen Schiffsraum vernichtet worden.

2. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeere. Mehrere Dampfer und Segler mit 28 150 Bruttoregistertonnen wurden versenkt. Die Namen der vernichteten feindlichen Schiffe ließen sich nur in zwei Fällen feststellen, bei dem italienischen Dampfer „Agragas" (850 Bruttoregistertonnen) und dem bewaffneten englischen Dampfer „Rosebank" (3837 Bruttoregistertonnen). Ebenso blieben die Ladungen der meisten Schiffe unbekannt. Ein Dampfer hatte 4000 Tonnen Kohle für Italien geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Eine Sensationsmeldung

machte gestern die Runde durch die Presse. Nach derselben sollte eine Abordnung der österreichisch-ungarischen Armee, bestehend aus 2 Generalen, 2 Obersten, 20 andern Offizieren und 15 Soldaten in Petersburg eingetroffen sein, nachdem sie von den russischen Truppen an der Front Pässe erhalten hätte, damit sie der russischen Regierung oder dem Delegiertenrate die Friedensbedingungen mitteilen könne. Weiter sollte die Petersburger Regierung die Gefangennahme der Deputation befohlen haben. Mehrere englische Blätter hatten diese Meldung aus Petersburg gebracht und der „Berl. Lokalanz." hatte sie weiter verbreitet. Nunmehr erklärt das letztgenannte Blatt, daß die Sache sich anders verhält, als es sie dargestellt hat. Weiter ist das Wiener Telegraphenbureau von zuständiger Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß die aufgestellten Behauptungen in keiner Weise den Tatsachen entsprächen.

*

Kämpfe in Ostafrika.

Das englische Kriegsamt teilt mit: Unser Flugdienst in Ostafrika belegte feindliche Depots in Unduru und Livale erfolgreich mit Bomben. Der Feind griff am 1. Juni den englischen Posten von Kikumi, 43 Meilen südöstlich von Kilossia, an, wurde aber zurückgeschlagen.

Politische Rundschau.

Oesterreich-Ungarn.

Mit der Kabinettsbildung in Ungarn ist der Graf Moritz Esterhazy betraut worden. Die ungarische Krise hat sich wochenlang hingeschleppt, um so sensationell zu enden, wie sie mit Tiszas Sturz begonnen hatte. Vergeblich war alles Rätselraten! Nicht Andrassy, auch nicht Burian, noch der als aussichtsvollster Kandidat geltende Wekerle wurden vom König zur Entwirrung der schwierigen Situation berufen. Ein der europäischen Oeffentlichkeit Unbekannter, ein junger Mann von 36 Jahren wird auf entscheidenden Posten gestellt. Und doch kam seine Berufung nicht von ungefähr: Erst nachträglich wird verraten, daß er als Sammelkandidat der gesamten Opposition mit Ausnahme der Karolyigruppe dem

König präsentiert wurde. Das Geheimnis wurde trefflich gewahrt, die Ueberraschung ist vollkommen. Esterhazy erklärte, daß er in demokratischer Richtung arbeiten wolle, natürlich könne die Demokratie in Ungarn nicht anders als ungarisch sein. Allzu vielversprechend ist das gerade auch nicht.

Die Verfassungspartei und der Wahlrechtsausschuß der hauptstädtischen Bürger und Arbeiter veranstalteten große Kundgebungen im Interesse des allgemeinen und geheimen Wahlrechts. Aus diesem Anlaß stellten sämtliche Fabriken und Betriebe auf vier Stunden die Arbeit ein. Sämtliche Geschäftsläden wurden gesperrt und die Kaffee- und Geschäftshäuser geschlossen. Auch der Straßenbahnverkehr ruhte. Eine auf hunderttausend Personen geschätzte Menge zog zum Stadthause, wo der Abgeordnete Bacsonyi im Namen der hauptstädtischen Bürgerschaft den Bürgermeister Barczai ersuchte, dem König im Interesse des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine Adresse zu überreichen. Barczai erklärte, er werde bereitwillig und aus voller Ueberzeugung den Wunsch seiner Mitbürger dem Könige verdolmetschen. Sodann begab sich der Bürgermeister zum König, um ihm die Wahlrechtsadresse zu überreichen. Die Kundgebung verlief sehr würdig.

Spanien.

Ministerkrise. Das Kabinett Prieto bot seine Entlassung an. Erneut wird aus diesem Anlaß betont, daß König Alfons unbedingt an der Neutralität festhalten wird.

China.

Zur Lage. Nach einer Meldung vom 3. bis 6. Juni erklärten die Militärgouverneure von Tschili, Szetschuan und Fukien die Unabhängigkeit von der neuen Regierung. Der Zivilgouverneur von Mukden erklärte seine Neutralität.

Japan teilte der chinesischen Regierung mit, daß es sich in die inneren Angelegenheiten Chinas nicht einmischen werde.

Ernährungsfragen.

Merkwürdige Bekanntmachungen.

Vielleicht nur, um jeden zu seinem Rechte kommen zu lassen, vielleicht aber auch, um einen freundlicheren Gesamteindruck zu erwecken, gehen immer mehr Gemeindeverwaltungen dazu über, in ihren wöchentlichen Uebersichten der zu verausgabenden Lebensmittel auch solche Waren aufzuführen, die bereits in der vorhergegangenen Woche verteilt wurden und nur noch in Restbeständen vorhanden sind. Es erscheint wünschenswert, daß zur Vermeidung von Irrtümern und Aergernis die Bekanntmachungen entsprechend ergänzt werden. Geradezu bedenklich aber ist die Maßnahme einer Gemeinde im Kölner Bezirk, die einfach dekretiert:

„Am Samstag dieser Woche sollen Haferfabrikate und Marmelade auf Warenabschnitt 2 und 3 ausgegeben werden. Jede Familie ist verpflichtet, vorher entweder eine Dose Fisch oder ein Pfund Marmelade bezw. vier Pakete Puddingpulver in näher bezeichneten Geschäften zu entnehmen. Wer diesem nicht nachkommt, wird vom Bezuge obiger Waren ausgeschlossen."

Die unglücklichen Gemeindemitglieder wurden also von ihrem Oberhaupt zwangsweise versorgt mit Stint in Gelee zu 1,60 Mk. die Dose und mit Marmelade zu 1,50 Mk. das Pfund — beides natürlich geradezu ungenießbar und deshalb nur auf diesem Wege abzusetzen. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat den Vorgang alsbald zur Kenntnis des Regierungspräsidenten gebracht, damit dem fürsorglichen Nahrungsmittelditktator in G. ein wenig die Flügel beschnitten werden.

•

Gemischte Gesellschaft.

Wer da glauben sollte, die Kriegswucherer setzten sich nur aus Leuten zusammen, die schon in Friedenszeiten in der einen oder anderen Richtung nicht ganz sauber waren, der dürfte in einem schweren Irrtum befangen sein. Die erste Mailiste der wegen Kriegswuchers Verurteilten nennt neben zahlreichen beruflichen Lebensmittelhändlern und Verkäufern u. a. auch einen Kieler Bürstenfabrikanten, einen sehr bekannten Bahrenfelder Marzipanfabrikanten (75 000 Mark Strafe!), einen Berginvaliden aus Görzig, einen Rentner aus Tennstedt, einen Lehrer aus Bunsch und den Direktor des Lebensmittelamtes in Mannheim. Wir leben fürwahr in einer großen Zeit!

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 11. Juni.

Mit der Verfassungsreform in den drei Hansestädten beschäftigte sich am Sonntag in Bremen eine Konferenz der sozialdemokratischen Fraktionen der drei Hansestädte. Nach einleitenden Referaten und eingehender Diskussion wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktionen von Hamburg, Bremen und Lübeck erachten eine recht baldige Reform der Verfassungen der drei Hansestädte auf freiheitlicher, demokratischer Grundlage für dringend notwendig und erheben erneut die Forderung:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerschaft für alle großjährigen Staatsangehörigen beiderlei Geschlechts, nach dem Grundsatz des Verhältniswahlsystems.

2. Beseitigung aller Privilegiertenwahlen.

3. Wahl des Senats durch die Bürgerschaft ohne jede direkte oder indirekte Einwirkung des Senats und ohne jede Beschränkung auf bestimmte Berufsgruppen, Aufhebung der lebenslänglichen Amtsdauer.

4. Demokratische Selbstverwaltung für alle Körperschaften.

Von diesem Standpunkte ausgehend ist es Pflicht der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktionen in den drei Hansestädten, alles zu tun und alle Bestrebungen zu unterstützen, um diese Grundsätze zu fördern und zur Durchführung zu bringen.

Erhöhung des Kriegswöchnerinnengeldes auf 1,50 Mk. täglich. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 22. März 1917 ein eResolution angenommen, die eine Steigerung des täglichen Wochengeldes für die Kriegswöchnerinnen auf 1,50 Mark verlangt. **Eine Verordnung des Bundesrates vom 2. Juni 1917 trägt diesem Wunsche Rechnung** und erhöht den Betrag des Wochengeldes, das nach den Bekanntmachungen über die Wochenhilfe für Rechnung des Reiches zu zahlen ist, von 1 Mk. auf 1,50 Mark täglich. Die Maßnahme wird dadurch begründet und gerechtfertigt, daß die **Nahrungs- und Stärkungsmittel**, für deren Anschaffung das Wochengeld verwendet werden soll, **erheblich im Preise gestiegen sind.** Das Wochengeld, welches weiblichen Versicherten lediglich auf Grund ihrer eigenen Krankenversicherung aus Mitteln der Krankenkassen gewährt wird, bleibt von der Erhöhung unberührt. Der Betrag dieses Wochengeldes richtet sich auch weiterhin nach den Satzungen der betreffenden Krankenkasse. Die Erhöhung der aus Reichsmitteln gewährten Wochengeldbeträge ist nicht rückwirkend, sondern tritt erst mit dem Tage der Verkündung der Verordnung in Geltung.

Ablieferungspflicht für verdorbene Butter. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch die Bundesratsverordnung vom 15. Februar dieses Jahres sind gemäß § 2 Ziffer 8 alle verdorbenen oder sonst für die menschliche Ernährung nicht geeigneten Fettwaren, die in gewerblichen oder Handelsbetrieben anfallen, dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette anzumelden und auf Verlangen abzuliefern. Der Kriegsausschuß ist bezüglich der zu vergütenden Preise an die Bundesratsverordnung vom 20. Oktober 1916 gebunden und darf für verdorbene Butter nur 30 Mark unter dem Grundpreis für abfallende Ware für den Zentner bezahlen. Demensprechend würde der heutige Uebernahmepreis 175 Mark für den Zentner betragen. Der Kriegsausschuß ist aber bereit, den Kommunen, die über Vorräte verdorbener Butter verfügen, diese gegen Margarine einzutauschen, und zwar ohne eine Verrechnung des etwa gezahlten Preises, lediglich Ware gegen Ware. Auf diese Weise wird es den Stadtverwaltungen möglich sein, einwandfreie Speisefette für die Bevölkerung zur Verteilung zu erhalten, während der Kriegsausschuß durch seine Verbindungen mit der Raffinationsindustrie in die Lage versetzt ist, solche verdorbene Butter zum Teil wieder in speisefähige Fette zu verwandeln und diese der Margarineindustrie als Rohstoff zu überweisen.

Ablieferung der Aale. Amtlich wird angeordnet, daß nun auch der Lübecker Fischhandelsgesellschaft G. m. b. H. in Schlutup zu liefern sind: 1. die Aalfänge der Mitglieder der Lübeckischen Fischereigenossenschaften; 2. die Aalfänge der im Lübeckischen Staatsgebiet angesessenen Fischer; 3. die in Gewässern, die unter Lübeckischer Hoheit belegen sind, gefangenen Aale. Von dieser Bestimmung bleiben diejenigen Mengen ausgenommen, die der Fischer zu seiner und seiner Haushaltungsangehörigen Versorgung benötigt und verwendet. Den Haushaltsangehörigen werden die Naturalberechtigten, insbesondere Altenteiler und Arbeiter, gleichgeachtet, soweit sie bisher kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn die Lieferung von Aalen verlangen konnten. Mit Zustimmung der Gesellschaft können Aale, die ihr nach Absatz 1 zu liefern sind, an eine andere Person abgegeben werden. Die §§ 2 bis 6 der Verordnung vom 13. Januar 1917, betreffend den Absatz der Seefischfänge, finden entsprechende Anwendung. Will die Gesellschaft die in der Wakenitz gefangenen Aale auf Grund des Absatzes 1 übernehmen, so hat sie eine Annahmestelle in Lübeck einzurichten.

Über die Höhe des Preises für untergäriges Bier nach der Verordnung über Bier vom 20. Februar 1917 hat die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts folgende Auskunft erteilt: „Nach § 2 der Verordnung über Bier vom 20. Februar 1917 darf der Hersteller am Orte der Herstellung in keinem Falle mehr als den festgesetzten Höchstpreis von 31 Mk. für untergäriges Bier in Fässern nehmen, gleichgültig, ob er von der Brauerei aus oder von einer Niederlage aus verkauft. In den Preis von 31 Mk. sind die Kosten der Beförderung bis zur Ausschankstätte, also bis zu den einzelnen Restaurationen eingeschlossen. Soweit sich die Brauerei eines Verlegers bedient, ist es ihre Sache, diesen aus dem Höchstpreise entsprechend zu entschädigen. Bei Sendungen nach außerhalb schließt der Höchstpreis die Kosten der Versendung mit der Bahn bis zur Verladestelle des Versandortes ein. Für die weiteren Kosten des Transportes an diesem Orte sowie für die Unkosten des dortigen Verlegers oder der dortigen Niederlage können angemessene Zuschläge erhoben werden. Nach § 3 Abs. 2 der oben angezogenen Verordnung sind die Landeszentralbehörden oder die von diesen bestimmten Stellen befugt, auch für diesen Weiterverkauf Höchstpreise festzusetzen. Wenn Brauereien die Biersteuer besonders erheben, so ist darin eine Umgehung der Verordnung zu erblicken; die Biersteuer ist in dem Höchstpreise enthalten. Die Erhebung einer besonderen Vergütung für die Abholung der leeren Gefäße ist unzulässig, da deren Abholung bisher bei der Anlieferung der vollen Gefäße ohne besondere Vergütung ganz allgemein üblich war."

Einen Besuch an der Westfront haben Anfang Juni die Herren Bürgermeister Dr. Fehling und Regierungsrat Dr. Plessing gemacht. Wir erhalten darüber einen längeren Bericht, aus dem folgendes wiedergegeben sei: Bürgermeister Dr. Fehling, der in diesen Tagen von seiner am 31. Mai mit Regierungsrat Dr. Plessing angetretenen Reise an die Westfront zurückgekehrt ist, hat vom 1. bis 4. Juni beim Regiment Lübeck geweilt. Das Regiment war nach den schweren Kämpfen im Arras-Abschnitt, an denen es so ruhmvoll beteiligt war, gerade für eine kurze Zeit aus der vordersten Linie zurückgezogen. Dadurch hatte sich die Möglichkeit ergeben, ihm die Grüße der Heimat zu überbringen und die persönlichen Beziehungen zu dem Offizierkorps und den Mannschaften, die unter der langen Dauer des Krieges nicht leiden dürfen, aufs neue zu suchen und zu pflegen. Das ist in jeder Stunde des Zusammenseins in immer noch sich steigerndem Maße gelungen. Die erste Berührung mit der Truppe brachte eine in den frühen Morgenstunden des 2. Juni unter Leitung des Divisions-Kommandeurs unweit der bezogenen Ruhequartiere abgehaltene Uebung, bei der die 162er gemeinsam mit einem in diesem Feldzuge in engster Waffenbrüderschaft ihm verbundenen Artillerie-Regiment Vorstöße des Gegners aus einem vom Feinde noch besetzten Dorfe aufzuhalten und zurückzuwerfen hatte. Dabei wurde auch das Durchgeben von Befehlen durch Lichtsignale an jenem Tage geübt. Der Vorführung folgte nach dem Einrücken des Regiments die Parade. In Sonnenschein und Frühlingsluft war die von einzelnen schönen alten Bäumen bestandene Wiese nahe dem Stabsquartier getaucht, auf der das Regiment Aufstellung genommen hatte. Aus dem Munde des Vertreters der Vaterstadt empfing es dort die Versicherung, mit wie lebhaftem Dank, mit welch hohem Stolze und in wie unerschütterlichem Vertrauen Lübeck seiner Söhne im Felde täglich gedenke. Es wurden Hansiatenkreuze verliehen, weitere Besuche abgestattet und dabei vielen Lübeckern die Hand gedrückt. Ueber Brügge und Brüssel erfolgte die Rückfahrt.

Im Stathallen-Theater wurde gestern die Sommerspielzeit vor vollen Hause eröffnet. Zur Aufführung gelangte Falls' beim gehörte Operette „Der liebe Augustin" mit Nickel in der Titelrolle. Das verbürgte von vornherein einen großen Erfolg. In den übrigen Partien betätigten sich hier bereits bewährte Kräfte oder führten sich neue vielversprechend ein. Letzteres gilt besonders von den beiden Soubretten. Es gab denn auch vielen Beifall und reiche Blumenspenden. Wir kommen auf die Vorstellung nach ihrer ersten Wiederholung zurück.

wb. **Hansa-Theater.** „Ich lasse Dich nicht!" Schauspiel in 5 Akten von Ernst Ritterfeld. Ein rührieliger Herzensroman aus der russischen „Gesellschaft". Der Sohn des Hauses verliebt sich in die nichtstandesgemäße deutsche Gesellschafterin. Der Alte will aber nicht zugeben, daß der Sohn eine Mesalliance eingeht. Letzterer versteht es, in der jungen Deutschen, die schwer gegen ihre Sympathie ankämpft, die Liebe zu erwecken. Beim ersten Liebesrausch werden die Liebenden aber von dem alten Fürstenpaar überrascht. Der Fürst bewegt die Gesellschafterin zur Abreise in ihre Heimat. Sein Sohn beginnt nach dem Weggang der Geliebten seinen Schmerz wiederum im Spiel zu vergessen. Er verliert und da er keine Mittel auftreiben kann, entwendet er im elterlichen Hause Diamanten und verpfändet sie für 120 000 M. Schon hat er die Hälfte der Summe zurückgezahlt, da wird der Diebstahl entdeckt und der alte Fürst zwingt seinen Sohn zum Selbstmord. Dieser willigt ein unter der Bedingung, daß er nochmals nach Deutschland reisen und seine Geliebte ein letztes Mal sehen darf. Das wird gewährt. Nach dem Wiedersehen mit der Geliebten will der junge Fürst Abschied von Leben nehmen. Er wird auch für tot erklärt. Aber der Schuß war nicht tödlich. Die Geliebte pflegt den für die Welt Toten wieder gesund. Sie werden dann ein Paar. Um die Aufführung machen sich die Herren Egbert Emler, Herlacher und Neuwald, sowie die Damen Oelmann, Folkerts, Drückhammer und Ziemann verdient. Das Publikum applaudierte lebhaft.

Der Verein zur Fürsorge für Geistesschwache hielt am Dienstag seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht über das verflossene Verwaltungsjahr hat das Erziehungs- und Pflegeheim Vorwerk sich trotz der schweren Zeit in ungestörter Weise entwickelt. Die Zahl der Zöglinge betrug am Anfang des Jahres 62; es traten neu ein 10 und verließen die Anstalt 6 Zöglinge. Am Schluß des Berichtsjahres waren 66 Zöglinge und ein Tagesgast in der Anstalt; von diesen besuchten 33 die Anstaltsschule, während 18 teils im Hause, teils in dem großen Obst- und Gemüsegarten beschäftigt wurden; 16 sind Pfleglinge, die steter Wartung und Hülfe bedürfen. Die Geldverhältnisse des Vereins haben dem Vorstande dauernd Sorge bereitet; es mußte der Rest der noch rückständigen Kosten des Neubaues und der Entwässerungsanlage abbezahlt werden; dazu wurde die Kasse durch die Teuerung aller Lebensbedürfnisse stark belastet. Langgehegte Wünsche mußten wiederum zurückgestellt werden; es fehlt noch immer ein Wirtschaftsgebäude für Viehhaltung, Vorräte und dergleichen, das mit einem so großen Betriebe notwendig verbunden sein muß. Doch wurden die größten Schwierigkeiten dadurch behoben, daß ein Mitglied des Vorstandes und ein warmer Freund des Vereins bei wohltätig gesinnten Mitbürgern eine außerordentliche Sammlung veranstalteten, die 5780 Mark erbrachte. Einen ebenfalls erfreulichen Posten in der Einnahme war der Ertrag aus der Obsternte mit 2509 Mk. Die Gesamtkosten der Verwaltung betrugen 31 157 Mk., denen eine Einnahme von 30 027 Mk. gegenübersteht, so daß leider ein Fehlbetrag zu verzeichnen ist. Doch hofft der Vorstand zuversichtlich, daß ihm das Wohlwollen und die tatkräftige Hilfe mildgesinnter Mitbürger für seine Bestrebungen im Dienste der Geistesschwachen auch weiterhin erhalten bleiben. Der ausführliche Bericht soll auch in diesem Jahre allen Mitgliedern und Wohltätern des Vereins gedruckt zugehen, da Freunde des Erziehungsheims für den Zweck der Drucklegung eine größere Summe gestiftet haben.

Eine Verkehrsstörung trat Sonnabend abend auf der Lübeck-Büchener Eisenbahnstrecke ein. In der Nähe der Station Blankensee wurde die Maschine eines Güterzuges betriebsunfähig, so daß der Güterzug nicht mehr fortbewegt werden konnte. Auf diese Weise wurde der Verkehr auf der eingleisigen Strecke für einige Stunden behindert; die Fahrgäste der Personenzüge mußten umsteigen.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist am Sonnabend mittag der 12jährige Knabe Klatt. Er und mehrere andere Kinder, die aus der Kriegsküche im alten Bahnhofsgebäude Essen holen wollten, spielten auf einem in der Nähe liegenden Holzlagerplatz. Dort war ein Junge auf einen Bretterstapel geklettert, von dem er auf einen andern sprang; hierdurch kamen die Bretter des einen Stapels ins Rutschen und trafen leider den kleinen Klatt tödlich.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Mai in 111 Fällen gemeldet. Davon betrafen 63 Fälle (7 tödlich verlaufen) Diphtherie, 32 (2 tödlich) Masern, 14 Scharlach, 1 Pocken und 1 Malaria.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: „Wie fesselte ich meinen Mann?" Das Mittel dazu verrät Hans Sturm in seiner Lustspielneuheit, die unter der Leitung von Willy Schweisguth am Dienstag in sorgfältiger Einstudierung in Szene geht. Ein fröhlich-eheliches Kampfspiel betitelt der Verfasser sein Werk, das überall, wo es bis jetzt gegeben worden ist, großen Erfolg aufzuweisen hat. Wer also sich ein paar Stunden in liebenswürdiger, heiterer Weise unterhalten lassen will, gehe kommenden Dienstag ins Theater. — Durch ein Versehen ist es unterblieben, unter den aus dem Bestande des Stadttheaters entnommenen Mitgliedern Frl. Erler mitzuerwähnen, was hiermit nachgeholt sei.

Wein, Zigarren, Brot und Speck gestohlen. In letzter Nacht sind mittels Einbruchsdiebstahls aus einem Haus in der Mühlenstraße folgende Sachen gestohlen: 50 Zigarren Kaiserblume, 50 Doppeladler, 50 Magnet, 50 unbekannte Marke und verschiedene einzelne lose, Brot und etwa 3 Pfund Speck, Rot- und Portwein, Chat. Lanessan Rotwein, Roter Tarragona-Portwein, von Kniep und Bartels.

pb. **Kampf zwischen Hund und Einbrecher.** In der Nacht zum 8. ds. Mts. wurden aus einer Räucherkate in Böhn 21

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Dünenabschnitt, bei Nieuport und östlich von Ypern nahm gestern zeitweilig die Feuertätigkeit erheblich an Stärke zu. Auf dem Gelände östlich von Wytschaete und Messines steigerte sich gegen Abend das Feuer. Nachts gingen nach heftigem Feuerüberfall englische Kompagnien gegen unsere Linien westlich von Hollebeke und Wampage vor. Sie wurden zurückgeschlagen. Südlich der Douve scheiterten abends Angriffe der Engländer gegen die Töpferei westlich von Warneton. Beiderseits des Kanals von La Bassee und auf den südlichen Scarpeufern unterband unser Vernichtungsfeuer bei Festubert, Loos und Monchy die Durchführung sich vorbereitender englischer Angriffe. An der Straße La Bassee—Bethune, östlich von Vermelles und bei Hulluch wurden feindliche Erkundungsstöße abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Chemin des Dames brachen nach überraschendem Handstreich westlich von Cerny Stoßtrupps ostpreußischer und westfälischer Regimenter in die französischen Gräben ein, machten die Besatzung, soweit sie nicht flüchtete, nieder und kehrten mit Gefangenen zurück. Das hier einsetzende lebhafte Feuer dehnte sich auch auf die Nachbarabschnitte aus, blieb sonst aber gering.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Nichts Neues.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Auf beiden Wardar-Ufern und am Doiran-See erfolgreiche Gefechte bulgarischer Posten.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Schinken gestohlen. Am Tatort hatten die Diebe Spuren zurückgelassen, die den Verdacht der Täterschaft auf eine in Stockelsdorf wohnhafte Familie lenkten. Während dortselbst eine Durchsuchung vorgenommen wurde, suchte ein anderer Mann die Wohnung zu betreten, ergriff aber die Flucht, als er die Anwesenheit von Polizeibeamten bemerkte. Von der Anwesenheit des Menschen in der Wohnung des bereits festgenommenen Wohnungsinhabers erfuhr am Sonnabend die hiesige Kriminalpolizei. Zu der Festnahme des Menschen, der als Mittäter des Einbruchsdiebstahls dringend im Verdachte stand, wurde sofort unter Führung des in Stockelsdorf z. Zt. kommandierten Gendarms Besuder geschritten. Der Verdächtige ergriff aber bei der Annäherung der Beamten in der Richtung nach den Eckhorster Waldungen zu die Flucht und er wäre bei dem weiten Vorsprung, den er vor den Beamten hatte, sicher entkommen, wenn er nicht von dem Polizeihund „Anke" verfolgt und gestellt worden wäre. Zwischen dem Flüchtling und dem Hund entspann sich aber, bevor er von dem Beamten festgenommen werden konnte, ein regelrechter Kampf, bei dem der Flüchtling auf den Hund 6 Revolverschüsse abgab, wodurch dieser nicht unerheblich am Kopfe verletzt wurde. Aber auch der Hund hatte sich trotz der blutenden Verletzung auf seine Art gut zu wehren verstanden. Arg zerzaust konnte der Einbrecher, denn als solcher wurde er überführt, nach Lübeck eingebracht werden. Der Festgenommene ist ein russisch-polnischer Arbeiter. Derselben Nationalität gehören auch die beiden weiteren für den Einbruchsdiebstahl in Frage kommenden Männer an.

ph. **Verschiedenes auf dem Kerbholz.** Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Eutin, die im Wartesaal 4. Klasse des hiesigen Bahnhofs einer hiesigen Frau einen neuen Sommerhut gestohlen hatte. Die Festgenommene wird sich noch wegen weiterer auf dem Bahnhof verübter Diebstähle zu verantworten haben.

ph **Verhaftet** wurde ein Arbeiter aus Eckernförde, der von der Amtsanwaltschaft zu Oldenburg wegen Diebstahls gesucht wird.

Reinfeld. Ein Feuer brach in dem Hause „Altdeutscher Hof" in der Nacht zum Sonnabend gegen 2 Uhr aus, wodurch der Dachstuhl und das zweite Stockwerk des Hauses beschädigt wurden.

Altona. **Eine Rationierung des Gasverbrauches** wird vom Magistrat geplant. Eine Vorlage an die städtischen Kollegien bestimmt u. a.: Die Gasabnehmer haben den Gasverbrauch derart einzuschränken, daß sie monatlich höchstens 70 Prozent der Gasmenge entnehmen, die sie im entsprechenden Monat des Jahres 1916 verbraucht haben. Ergibt die Herabsetzung einen Verbrauch von weniger als 25 Kubikmeter monatlich, so verbleibt es bei der Herabsetzung auf 25 Kubikmeter. Ist der Verbrauch geringer als 25 Kubikmeter, so gilt als höchste Verbrauchsmenge der vorjährige Verbrauch ohne Abzug. Für Abnehmer von Automatengas wird als höchstzulässige Verbrauchssumme der Betrag von 5,50 Mk. monatlich festgesetzt. Abnehmern von Gas zu motorischen oder gewerblichen Zwecken sowie den Behörden wird die Verbrauchsmenge in Höhe des Verbrauchs des Vorjahres im allgemeinen belassen. Bei wiederholter Ueberschreitung der zugeteilten Menge ist die Verwaltung des Gaswerks berechtigt, nach vorheriger Verwarnung und Mahnung die Gasabgabe an den betreffenden Abnehmer vorübergehend oder ganz einzustellen; auch ist sie befugt, den Mehrverbrauch mit 50 Pfg. für jeden Kubikmeter zu berechnen.

Allerlei Wissenswertes.

Die Hypnose bei Tieren.

Bei Tieren gibt es einen Zustand, der äußerlich betrachtet mit dem, was beim Menschen Hypnose (Zwangsschlaf) genannt wird, Aehnlichkeit besitzt. Vielfach und vorzugsweise von Laien ist versucht worden, Zusammenhänge zwischen der tierischen und menschlichen Hypnose festzustellen. Man wollte sogar aus der Ergründung der tierischen die menschliche Hypnose ableiten. Namhafte Physiologen wie Verworn haben schon gezeigt, daß alle bisher an Tieren beobachteten Erscheinungen nichts mit den gleichen beim Menschen zu tun haben, sondern daß es sich bei den Tieren um Hemmungserscheinungen handelt. In neuester Zeit hat der Wiener Physiologe Kreidl sich mit dem gleichen Gegenstand beschäftigt und vor der Gesellschaft der Aerzte einen Vortrag über das Wesen der tierischen Hypnose und ihre Beziehungen zur menschlichen gehalten. Er hat sich dabei zur Vorführung seiner Versuche des Films bedient.

Wenn ein Tier, ein Huhn oder eine Taube in eine ungewöhnliche Lage gebracht wird — es genügt schon, es einige Zeit festzuhalten — dann wird das Tier ruhig und unbeweglich, wenn man es losläßt. Frösche, Salamander und Fische, also Tiere, die von selbst niemals in die Rückenlage kämen, braucht man nur einfach auf den Rücken zu legen. Hunde, Mäuse oder Meerschweinchen müssen zeitweilig unbeweglich gemacht oder in eine Lage gebracht werden, die für sie ungewohnt ist, wenn sie nachher im Zustand der Starre verharren sollen. Besonders fesselnd sind die Beobachtungen an Fröschen. Nimmt man einen lebhaften Frühjahrsfrosch und legt ihn auf den Rücken, so wird er sich rasch wieder umkehren oder nur kurze Zeit unbeweglich bleiben. Anders der ausgehungerte Winterfrosch, der durch diesen Hunger auch in seinem Zentralnervensystem geschädigt ist. Er wird auf den Rücken gelegt bald keine Abwehrversuche mehr machen, namentlich wenn er durch Wiederholung des Versuches ermüdet ist. Das Tier kann sich dann nicht umdrehen, weil die Reflexe, die zur Ausführung dieser Bewegung notwendig wären, entfallen. In der gleichen Lage würde sich das Meerschweinchen schnell umdrehen. Es ist dazu aber nicht imstande, wenn der Kopf des Tieres gleichzeitig stark nach hinten gebeugt wird. Auf diese Weise entsteht beim Meerschweinchen ein Muskelkrampf, der das Tier förmlich steif werden läßt. Bekannt ist ja auch die Unbeweglichkeit der Schildkröten in der Rückenlage, die auf die gleichen Ursachen wie beim Meerschweinchen zurückzuführen ist.

Es ist also, wie aus den geschilderten Versuchen hervorgeht, bei Tieren nicht von Hypnose zu sprechen. Hypnose im richtigen Sinne des Wortes ist nur beim Menschen möglich, dessen „Psyche" durch Suggestion beeinflußbar ist. Die wirkliche Hypnose ist eine Teilerscheinung der Beeinflußbarkeit des mit einer Sprache ausgestatteten Menschen. Die tierische „Hypnose" dagegen beruht ausschließlich auf Reflexerscheinungen, die man als Schreckerscheinungen bezeichnen kann. Jedenfalls muß es als ausgeschlossen gelten, auf dem Wege über die tierische Hypnose die menschliche aufhellen zu wollen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. Juni. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote 19 600 Brutto-Registertonnen versenkt. Unter den Schiffen befanden sich u. a. der bewaffnete englische Dampfer „Harley" (3331 Brutto-Registertonnen) mit Getreide nach England, der englische Dampfer „Bathurst" (2321 Brutto-Registertonnen) mit Kopra und Palmkernen, das englische Dreimastvollschiff „St. Mirren" (1956 Brutto-Registertonnen) mit Briketts für die brasilianischen Eisenbahnen, ein französischer Hilfskreuzer von etwa 4000 Brutto-Registertonnen und der italienische Dampfer „Eliofilo" (3583 Brutto-Registertonnen) mit Erz nach England.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkehr mit Knochen.

Mit Ermächtigung des Senates verordnet das Polizeiamt auf Grund des § 12 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichsgesetzblatt Seite 607, 728) und des § 1 Absatzes 2 der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Knochen, Knochenerzeugnissen, insbesondere Knochenfetten, und anderen fetthaltigen Stoffen vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 137):

§ 1.

Im lübeckischen Staatsgebiete ist das Sammeln, Aufkaufen und Verkaufen von Knochen ausschließlich der Firma M. H. Lissauer & Co. in Lübeck und deren Beauftragten gestattet. Anderen Personen ist es verboten, Knochen zu sammeln, anzukaufen oder zu verkaufen.

§ 2.

Die in öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anstalten, in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Pensionaten und ähnlichen Betrieben sowie in Haushaltungen anfallenden Knochen sind getrennt von anderen Abfällen aufzubewahren und innerhalb drei Tagen nach dem Anfall oder der Verwertung an die Sammelstellen der Firma M. H. Lissauer & Co. abzuliefern. Ueber die abgelieferten Knochenmengen wird dem Ablieferer eine Bescheinigung erteilt.

Die Verfütterung von Knochen an Hunde und an Geflügel in der eigenen Wirtschaft bleibt gestattet.

§ 3.

Die Inhaber der Knochensammelstellen (§ 2) oder deren Beauftragte sind berechtigt, gegen Vorlegung eines polizeilichen Ausweises über ihre Person Knochen einzusammeln.

Einsammlern, die sich nicht ausweisen können, dürfen Knochen nicht verabfolgt werden.

§ 4.

Der für die abgelieferten Knochen von den Sammelstellen zu zahlende Preis wird vom Polizeiamt festgesetzt; er beträgt für das Pfund bis auf weiteres

a) für die an der Sammelstelle abgelieferten Knochen 5 Pfg.
b) für die abgeholten Knochen . . . . 2½ „

§ 5.

Die abzuliefernden Knochen müssen trocken und unverdorben sein.

§ 6.

Aus den gewerblichen Knochen- und Rippenausgabestellen dürfen Knochen oder Rippen nur gegen Abgabe der Knochenablieferungsbescheinigung (§ 2) entnommen werden.

Die Ausgabestellen (Abs. 1) haben allwöchentlich am Montag die eingezogenen Ablieferungsbescheinigungen aus der verflossenen Woche der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße Nr. 35, einzureichen.

§ 7.

Zuwiderhandlungen werden nach den eingangs erwähnten Bundesratsverordnungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 8.

Diese Verordnung tritt am 11. Juni d. Js. in Kraft.

Lübeck, den 5. Juni 1917. (1240

Das Polizeiamt.

Auf Grund der Verordnung des Polizeiamtes über den Verkehr mit Knochen vom 5. Juni 1917 haben wir folgende **Knochenannahmestellen** eingerichtet: 1241

№	Ort	Straße	Inhaber
1	Lübeck	Gr. Petersgr. 6-10	M. H. Lissauer & Co.
2	Lübeck	Untertrave 32	Heinrich Kuhlmann
3	Lübeck	Salzspeicher (am Holstentor)	Kriegsbrockensammlg.
4	Lübeck	Kl. Schrangen 8	R. Lissauer
5	Lübeck	Hundestraße 107	Wilhelm Mahnke
6	Lübeck	Kanalstraße 47	Adolf Stahlberg
7	Lübeck	Pelzerstraße 24	Walter Tietz
8	Lübeck	Elswigstraße 21	Franz Szodrzynski
9	Lübeck	Waisenhofstraße 25	Karl Kleinfeldt
10	Lübeck	Dornestraße 14a	August Carstens
11	Lübeck	Ernestinenstr. 9-11 (Eing. Töpferweg)	L. Voss
12	Lübeck	Lange Reihe 1	G. Grabner
13	Lübeck	Schönkampstr. 4a	Eduard Kriwinski
14	Vorwerk	Dorfstraße 17	E. Beese
15	Schlutup	Brehmerstraße 21	M. Wendland
16	Kücknitz	Straßenfeld R	Karl Weckmann
17	Travemünde	Teststraße 5	Friedr. Stockfisch

M. H. Lissauer & Co., Lübeck, Große Petersgrube 6—10.

Die Verteilung von Aufstrichkäse

lt. Bekanntmachung der Kommission des Senates für Beschaffung von Nahrungsmitteln findet statt

von Dienstag, 12. Juni, bis Donnerstag, 14. Juni

in sämtlichen Läden des **Holstentor-, Burgtor- und Hüxtertorviertels.** Ausgabe erfolgt auf Grund der blauen Sonderabschnitte XXI des Lebensmittelbuches. 70 Gramm à Person zum Preise von 12 Pfg. Ueber Verteilung in Innere Stadt und Mühlentor erfolgt noch Bekanntmachung. (1254

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Magermilchverteilung.

Da wir vorläufig täglich das gleiche Quantum Magermilch wie bisher zur Verteilung bringen können, werden die jedesmaligen Bekanntmachungen betr. Magermilchverteilung bis auf weiteres eingestellt. Die Verteilung wird wie bisher weiter erfolgen. Die **Nummern 1—150** der Ausweiskarte sind **an den ungeraden Daten** des Monats, **alle Nummern über 150** der Ausweiskarte **an den geraden Daten** des Monats bezugsberechtigt. Aenderungen und Neuausgaben werden bekanntgegeben. (1253

Hansa-Meierei G. m. b. H.

Die Bekanntmachung Nr. W. I. 1846/6. 16 KRA., betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien vom 18. Juli 1916 wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Altona, den 2. Juni 1917.

(1246) **Stellv. Generalkommando IX. A.-K.**

Die Zentrale vom Roten Kreuz erlaubt sich die höfliche Bitte, die gütigst bewilligten, für die Monate April und Mai noch rückständigen monatlichen Beiträge bis zum 15. Juni bei der von den Gebern bestimmten Bank für Rotes Kreuz — Kriegsspende — freundl. einzahlen zu wollen.

Die Zentrale vom Roten Kreuz.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei dem Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders, des Musketiers **Werner Schober**, danken herzlich (1244

Familie Schober.

7 Wochen alte Kaninchen
billig zu verkaufen. (1242
Blütchen, Georgstr. 45, pt.

Eine belegte **belgische Riesen-Häsin** u. eine **Kreuzungs-Häsin** zu verkaufen. (1243
Laudi. Glasgistr. 21 a.

Säcke
kauft
Lissauer,
[illegible] (1245
Kleiner Schrangen 8.

Junge Legehühner
zu verkaufen. Abends nach 6 Uhr.
1247) Stiftenstr. 3, I.

Visitenkarten
liefert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Zu kaufen gesucht (1239
Hausstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Ausgekämmtes Frauenhaar
zahle 1251
Pfund 4–6 Mk.
Lissauer, Kl. Schrangen 8.

Zahle für (1250
Stutz - Schweif - Pferdehaare
per Pfund 6 Mk.
Krollhaare
per Pfund 1.00 Mk.
Hausstandslumpen
10 ₰ das Pfund
Knochen
5 ₰ das Pfund
Knochen-Annahmestelle
Lissauer,
Kleiner Schrangen 8.

Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Anfertigung von illustrierten Katalogen Preislisten, Zirkularen, Formularen für Behörden und Private, Reklamedrucksachen, Familienanzeigen, Festschriften Visitenkarten, Geschäftsbüchern usw.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Bank-Konten:
Lübecker Privatbank.
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (1238
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Hansa-Theater.
Heute, abends 8 Uhr:
„Ich lasse Dich nicht!"
nach dem Roman von Hedwig Courths-Mahler. 1252

Stadthallen-Sommertheater 1248
Dienstag, den 12. Juni 1917:
Wie fessele ich meinen Mann?
Ein fröhliches eheliches Kampfspiel von Hans Sturm.
Mittwoch, den 13. Juni 1917:
Der liebe Augustin.
Donnerstag, d. 14. Juni 1917:
Der liebe Augustin.
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Nr. 134
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag,
den 11. Juni 1917

Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen.

Von D. Stücklen, Mitglied des Reichstags.

II.

Verpflegung.

In den ersten Monaten des Krieges waren Klagen über die Verpflegung selten. Soweit sie sich darauf erstreckten, daß der kämpfenden Truppe öfter die Nahrungsmittel nicht rechtzeitig zugeführt werden konnten, hing das mit Umständen zusammen, die sich nicht ändern ließen. Im allgemeinen konnte damals noch aus dem Vollen geschöpft werden; dazu kamen die Liebesgabenpakete aus der Heimat, die allerdings nicht immer in den Besitz derer gekommen sind, für die sie bestimmt waren. Im zweiten Jahre waren die Klagen schon zahlreicher und bedenklicher. Sie gingen im allgemeinen dahin, daß die Soldaten vielfach knapp gehalten werden, während die Offiziere einen guten Tag leben. Dagegen anzukämpfen war Pflicht, denn die Kriegsverpflegungsvorschrift kennt nur die gleiche Verpflegung für Mann und Offizier. Daran hätte man vom ersten Tage an festhalten müssen. Wenn der Krieg vorbei ist, wird über dieses Kapitel manches zu sagen sein, was heute aus naheliegenden Gründen unterbleiben muß. Besonders häuften sich die Klagen über mangelnde Verpflegung in der Heimat. Die Sozialdemokraten beantragten deshalb schon im August 1915 und dann wieder im Dezember 1915, das Beköstigungsgeld für alle Mannschaften und Unteroffiziere auf 1,20 Mk. zu erhöhen. Damit waren natürlich die von der Truppe selbst verpflegten Unteroffiziere und Mannschaften gemeint Die Anträge würden angenommen.

Die auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften und Unteroffiziere erhielten seit 25. September 1915 ein Beköstigungsgeld von 1,50 Mk. pro Tag, eine Summe, die namentlich in den Großstädten und bei der fortgesetzt steigenden Teuerung auch nicht entfernt mehr ausreicht, die Kosten des Lebensunterhalts zu bestreiten. Im Oktober beantragten die Sozialdemokraten:

„das Beköstigungsgeld der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften auf 2,50 Mk. pro Tag festzusetzen."

Der Antrag wurde abgelehnt, dafür aber folgende Resolution angenommen:

„den Hern Reichskanzler zu ersuchen, das Beköstigungsgeld der aus dienstlichen Gründen auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften entsprechend den verteuerten Lebensmittel zu gestalten.„

Das Beköstigungsgeld ist dann für Selbstverpfleger auf 2 Mk. pro Tag festgesetzt worden mit der Maßgabe, daß auch die Urlauber — mit Ausnahme der Sonntagsurlauber und der zu Zwecken des Erwerbs im nicht-eigenen Betriebe beurlaubten Mannschaften — Anspruch auf dieses Beköstigungsgeld haben, das ihnen bei Antritt des Urlaubs auszuzahlen ist. Die Klagen über nicht ausreichende Verpflegung mehrten sich, weshalb die Sozialdemokraten im März 1916 beantragten:

„schleunigst in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Verpflegungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut gestaltet werden können. An Stelle des Brotgeldes soll den Mannschaften grundsätzlich die in der Verpflegungsvorschrift festgesetzte Brotration geliefert werden."

Der letzte Satz des Antrags hatte eine ganz besondere Bedeutung. Bei vielen Truppenteilen ging man nämlich dazu über, den Mannschaften weniger Brot und ihnen dafür für nichtgelieferte 500 Gramm Brot zehn Pfennig Entschädigung zu geben. Bei den stark in die Höhe gegangenen Brotpreisen waren diese zehn Pfennig natürlich keine ausreichende Entschädigung, ganz abgesehen davon, daß die Soldaten, mangels Brotkarten, garnicht in der Lage waren, sich Brot kaufen zu können. Wir forderten, daß den Soldaten — soweit sie nicht außer Verpflegung stehen — das Brot grundsätzlich zu liefern ist. Der Antrag wurde abgelehnt.

Schließlich kamen noch neue Klagen, besonders darüber, daß die Kontrolle der Mannschafts-Verpflegung wenig oder garnicht geübt wird und daß sehr häufig die Unteroffiziere eine besondere Küche führen, in die nicht der schlechteste Teil der vom Magazin gelieferten Lebensmittel wandert. Das gab den Anlaß, im Oktober 1916 folgenden Antrag zu stellen:

„für den Erlaß und die Durchführung von Vorschriften sorgen zu wollen, durch welche die besonderen Küchen für Unteroffiziere verboten werden.

In jeder Kompagnie ist den Mannschaften täglich durch Anschlag mitzuteilen, welche Rationen ihnen jeweils zustehen.

Für jede Kompagnie, Eskadron oder Batterie ist eine Menagekommission einzusetzen, in der auch die Mannschaften vertreten sind. Die Kommissionen haben allwöchentlich unter dem Vorsitz eines Offiziers zusammenzutreten und Fragen der Verpflegung zu besprechen."

Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit.

Löhnung.

Die Löhnung der Soldaten beträgt bei den nicht berittenen Trupen im Frieden 33, im Kriege für mobile Truppen 53 Pfennige pro Tag; die Löhnung kranker, in Lazaretten untergebrachter Soldaten betrug pro Tag 10 Pfg. Waren diese Löhnungsverhältnisse schon an sich unbefriedigend, so wurden sie nach Kriegsausbruch geradezu zu einer Quelle von Unstimmigkeiten aller Art. Die Kriegsbesoldungsordnung entbehrt einer klaren Feststellung darüber, wann ein Truppenteil als mobil oder immobil anzusehen ist. So kam es, daß Truppenteile, die im Inlande standen, als mobil angesehen und entlöhnt wurden, während Truppen, die als Bewachungsmannschaften, als Bahnschutz usw. in Feindesland standen, immobil waren. Kam es doch sogar vor, daß in inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere immobil war! Die Versuche, ganz klare, unverkennbare Merkmale zur Unterscheidung zu schaffen, schlugen fehl. Um diesen Mißstand etwas auszugleichen, brachten die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuß den Antrag ein:

„Vorsorge zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Manschaften die Kriegslöhnung gewährt wird."

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ganz unhaltbar wurde aber der Zustand mit der Krankenlöhnung. Diese Löhnung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazaretten liegen und dort besondere Ausgaben gar nicht machen können. Der Krieg schuf auch darin andere Verhältnisse. Die Verwundeten wurden in großer Zahl nach mitunter recht teuren Kurorten zur völligen Wiederherstellung gebracht. Sie waren dort Kurgäste mit einem täglichen Einkommen von zehn Pfennigen! Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915:

verwundeten und kranken Soldaten zunächst für die Dauer des Krieges und mit der Wirkung vom 1. August 1915, unter Wegfall der Krankenlöhnung die Friedenslöhnung zu gewähren."

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und von der Regierung rasch durchgeführt. Hoffentlich gelingt es, diese Verbesserung auch im Frieden zu erhalten.

Im Dezember 1915 wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages wieder Löhnungsfragen behandelt. Das Zentrum forderte eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung um 50 Prozent. Ein sozialdemokratischer Antrag, der finanziell auf das gleiche hinauslief, forderte:

a. für alle in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Löhnung auf 80 Pfg. pro Tag,

b. für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pfg. pro Tag festzusetzen,

c. die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden."

Unsere Redner hoben scharf den Kontrast hervor zwischen der Bezahlung der Offiziere und Beamten und der Löhnung der Mannschaften. Den Anträgen war eine große Mehrheit sicher, als vom Zentrum plötzlich der Antrag kam, sie der Regierung als Material zu überweisen. Trotz der sehr beweiskräftigen Einwände unsererGenossen wurde dieser Antrag im Ausschuß angenommen. Im Plenum wies unser Fraktionsredner eindringlich darauf hin, daß die Ueberweisung als Material ein Begräbnis im Papierkorb des Bundesrats bedeute — vergebens. Das Plenum beschloß die Ueberweisung als Material und die Regierung benutzte später diesen Umstand recht geschickt, als sie behauptete, ein positiver Beschluß des Reichstages auf Erhöhung der Mannschaftslöhnung liege nicht vor. Zu einem direkten Beschluß des Reichstages hätte der Bundesrat Stellung nehmen müssen, die Ueberweisung als Material enthob ihn dieser Verpflichtung.

Schon im März 1916 bot sich die Gelegenheit, erneut auf die Besserstellung der Soldaten zu dringen. Unsere Genossen beantragten:

„1. die Löhnung der Gefreiten und Gemeinen bei den immobilen Formationen um 33⅓ Prozent zu erhöhen.

2. schleunigst eine Abänderung der Kriegsbesoldungsordnung —Mannschaften — dahingehend herbeizuführen, daß die Löhnung der unter den Ziffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien um 50 Prozent erhöht wird."

Diese Ziffern betreffen Gemeine, Gefreite und Obergefreite. Diese Form wurde gewählt, weil erklärt worden war, eine Umarbeitung der Kriegsbesoldungsordnung sei während des Krieges unmöglich. Eine Abänderung in der vorgeschlagenen Form konnte natürlich nicht die mindeste Schwierigkeit bieten. Die beiden Anträge wurden abgelehnt.

Gleichzeitig traten unsere Genossen für eine Besserstellung der Arbeiter in den militärischen Betrieben ein, indem sie beantragten:

„zu veranlassen, daß — soweit es noch nicht geschehen ist — die Löhne der Arbeiter in den Reichsbetrieben, entsprechend der gegenwärtigen Teuerung, erhöht werden."

Dieser Antrag wurde angenommen, aber nur sehr unvollkommen durchgeführt.

Im Oktober 1916 forderten unsere Genossen noch, daß den Grenzschutztruppen mobile Löhnung gewährt wird. Zwar wurde auch dieser Antrag angenommen, der Bundesrat entschied aber, daß für die Gewährung der mobilen Löhnung kein Anlaß vorliege!

Als dann im April 1917 der Etat des Kriegsministeriums wieder zur Beratung stand, erneuerte die sozialdemokratische Fraktion ihr Verlangen nach einer angemessenen Erhöhung der Mannschaftslöhnung und gleichzeitig forderte sie vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes Auskunft darüber, wie er sich zu dieser Forderung stelle. Als Antwort kam der Hinweis auf die hohe Summe, die eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung erfordere, aber — man wolle wohlwollend prüfen! Am besten läßt sich die ganze Sachlage wohl durch die Tatsache kennzeichnen, daß ein Soldat, der drei Jahre im Feld steht, nicht soviel an barem Gelde bekommen hat, als ein Hauptmann bei einer mobilen Formation im Monat! Der Reichstag hat jetzt einstimmig dem Antrage zugestimmt, den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine angemessene Erhöhung der Mannschaftslöhnung hinzuwirken. Es liegt also nun endlich ein positiver Beschluß des Reichstages vor und es muß unbedingt erwartet werden, daß die Zustimmung des Bundesrats rasch erfolgt.

Zur Neuorientierung.

Im Juniheft der „Preußischen Jahrbücher" behandelt der preußische Geschichtsschreiber Hans Delbrück nochmals die Neuorientierung. Ueber das preußische Wahlrecht hat er sich bereits im vorigen Heft der „Jahrbücher" dahingehend ausgesprochen, daß die geplante Reform des preußischen Wahlrechts noch während des Krieges in Angriff genommen werden müsse, weil sie sich dann in einer gemäßigten Art ohne viel Kämpfe vollziehen lasse. Im

Es saust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Vor einem Jahr noch hatte ich in dem kleinen Schulhaus drunten in Pennsylvanien unterrichtet, und es stand mir plötzlich wieder ganz lebendig vor Augen, wie ich des Abends meinen Schaukelstuhl an den Kamin zu ziehen pflegte, während draußen der Wind in den Schindeln der alten Farm knarrte, in der ich wohnte. Da saß ich dann oft bis spät in die Nacht und las von dem herrlichen Leben, das die jungen Mädchen, die in Stellung sind, in den Großstädten haben; gewiß, sie hatten zum Teil nur ein geringes Gehalt und wußten selbst häufig nicht, wo sie etwas zu essen hernehmen sollten, aber sonst ging es ihnen wirklich beneidenswert gut. Ja, es ging ihnen sehr gut. . . .

Am nächsten Morgen weckte mich das Geklapper von Tellern und Schüsseln; es roch nach gebratenem Fleisch; irgend jemand in einem der Nachbarzimmer war also dabei, sich sein Frühstück zu bereiten. Ich ging über die eiskalte Diele mit bloßen Füßen zum Fenster, zog den Vorhang hoch und sah hinaus — es war grau und häßlich draußen. Mir gegenüber lagen in langen Reihen die Hoffenster der benachbarten Mietskasernen und es mußte irgend etwas Besonderes las sein, denn die Fenster taten sich alle plötzlich wie auf Kommando auf, und schmutzige, ungekämmte Frauen und Kinder steckten die Köpfe heraus.

Ich folgte ihrem Beispiele.

Drunten in dem schmutzigen Hofschacht standen zwei schlampige Frauenspersonen, die einander mit allen möglichen Schimpfworten belegten und schließlich handgemein wurden. In dem Zimmer neben mir wurde bei dem Geschrei drunten im Hofe ebenfalls das Fenster aufgerissen, und ich zog eilig den Kopf zurück, aber es war bereits zu spät.

„Was ist denn da unten schon wieder mal los?" fragte eine freundliche Stimme.

Ich antwortete, ich wüßte es nicht.

Das junge Mädchen, das Fleisch gebraten hatte, hielt noch das fettige Messer in der rechten Hand. Sie mochte kaum älter als sechzehn Jahre sein, hatte ein grobes Gesicht mit einem undefinierbaren frechen Ausdruck und trug vorne kurzgeschnittene Haare in die Stirn gekämmt. Sie sah wirklich abscheulich aus, einen noch schlimmeren Eindruck aber machte der junge Bursche in Hemdärmeln, der an ihrer Seite den Kopf zum Fenster herausstreckte. Sein Nasenbein war gebrochen, zudem sah er aus, als wenn er drei Nächte nicht mehr geschlafen habe, aber er trug einen Kragen bis unter die Ohren herauf und dazu einen knallroten, selbstgebundenen Schlips. Ich antwortete höflich aber zurückhaltend auf die verschiedenen Fragen des jungen Mädchens, und während dessen stand ihr Freund da und starrte mir mit unbeirrter Frechheit herausfordernd ins Gesicht.

Ich schloß das Fenster und machte mir am Ofen zu schaffen, und bald darauf summte auch schon der Teekessel und ich schickte mich an, meine erste Mahlzeit in der neuen Behausung einzunehmen. Da klopfte es an der Tür, und draußen stand der junge Bursche von nebenan, an den Türpfosten dahingeflegelt, die qualmende Zigarette im Munde.

„Was wollen Sie?" fragte ich kurz.

Er blies mir eine Rauchwolke ins Gesicht, nahm dann die Zigarette aus dem Munde und sah mich an, ohne vorerst eine Antwort zu finden. Endlich sagte er: „Die junge Dame von nebenan hätte gern einen Teller von Ihnen geliehen."

„Ich habe nur einen und den brauche ich selbst," sagte ich und schloß die Tür wieder.

Nach dem Frühstück ging ich hinunter, um Einkäufe zu machen — etwas Brot, Butter, Kartoffeln und Milch.

Niemals früher hatte ich etwas am Sonntag gekauft, und ich hatte auch in meiner Heimat am Sonntag nie einen offenen Laden gesehen. Wir waren bei uns daheim keineswegs streng religiös gewesen, und ich fand auch nichts weiter dabei, am Sonntag Handel zu treiben, aber ich hatte doch aus einem mir selbst unerklärlichen Gefühl heraus meine Einkäufe immer schon am Sonnabend gemacht und hätte lieber dies oder jenes entbehrt, als am Sonntag zu kaufen.

Als ich auf dem Heimwege war, mit meinen Paketen unter dem Arm und dem blauen Milchtopf in der anderen Hand, besah ich mir mein Stadtviertel näher bei vollem Tageslicht. An jeder Straßenecke war eine Branntweinschenke und über ihr irgendein ärmliches Logierhaus. Das Haus, in dem ich wohnte, war noch eines der ansehnlichsten im Straßenzuge; es war aus solidem Sandstein gebaut und lange Treppen führten in die Stockwerke hinauf zu den Türen, deren Füllungen aus Walnußholz früher einmal einen ganz ansehnlichen Eindruck gemacht haben mochten. In den Kellerräumen, die sich zur Hälfte über das Straßenniveau erhoben, waren verschiedene Läden und Werkstätten untergebracht.

Auf der Treppe begegnete ich wieder dem jungen Burschen von vorhin. Ich sah absichtlich an ihm vorbei, aber er blieb mitten auf der Treppe stehen und versperrte mir mit ausgebreiteten Armen den Weg.

„Na, wie geht's Ihnen denn in der neuen Wohnung?" fragte er einschmeichelnd. „Wenn Sie wollen, werde ich Ihnen gern ein Theaterbillette spendieren. Wie denken Sie zum Beispiel über „Die lustige Witwe" morgen abend?"

Ich war im ersten Augenblicke so erschrocken, daß ich unwillkürlich einige Stufen zurückging, aber er sprang mir nach und packte meine Hand, in der ich die Pakete trug. Ich weiß selbst nicht, was mir den Mut gab, mich so energisch zu verteidigen, aber im nächsten Augenblick flog er schon die Treppe hinunter, und ich warf ihm in meinem Zorn sogar auch noch den Milchtopf nach. Dann machte ich, daß ich so schnell wie möglich die Treppe hinaufkam und geriet hier gerade mitten in eine heftige Auseinandersetzung zwischen meiner Wirtin und der jungen Nachbarin.

Ich fing im Vorbeigehen nur so viel auf, daß die Wirtin ihr kündigte, und daß sie noch heute ausziehen mußte.

Sobald es wieder etwas ruhiger geworden war, klopfte es an meine Tür.

„Wer ist da?" fragte ich, indem ich meinen ganzen Mut zusammennahm.

„Ich bin es", sagte Mrs. Pringle, indem sie eintrat.

Sie machte nun am Morgen auf mich den Eindruck, über dem Durchschnitt der Leute ihrer Klasse zu stehen. Am Abend vorher war sie nach der Wascharbeit und dem Kohlentragen der Woche unordentlich und schmutzig gewesen, nun aber hatte sie reine Kleider angezogen, ihr Haar sorgfältig frisiert und brachte etwas wie Sonntagsstimmung mit sich ins Zimmer. Ich fühlte, daß sie von dem zerschlagenen Milchtopf nicht viel Aufhebens machen würde, wenn ich ihr den Sachverhalt auseinandersetzte, und ich bot ihr freundlich Guten Tag und erzählte ihr dann von der Begegnung auf der Treppen. Sie faltete die Hände über die weiße, gestärkte Schürze und hörte mir aufmerksam zu.

„Das haben Sie recht gemacht," sagte sie, als ich fertig war, und ein befriedigtes Lächeln kam in ihr müdes, abgearbeitetes Gesicht. „Denn dieser Bursche ist ein ganz niederträchtiger Taugenichts."

„So kennen Sie ihn also?" fragte ich.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, diesen da kenne ich gerade nicht, aber ich kenne genau diese Sorte von nichtsnutzigen Tagedieben. Ich habe denn auch dem Mädchen gesagt, sie solle schleunigst ihre Sachen packen und ausziehen, ich werde ihr sogar noch die Miete wieder zurückbezahlen. Sie ist erst vorgestern eingezogen und ich war der Meinung, sie sei eine anständige Arbeiterin, sonst hätte ich sie überhaupt nicht erst genommen. Sie sagte mir, sie sei Weißnäherin, aber nun hat sich herausgestellt, daß sie etwas ganz und gar anderes ist. Und dabei kann sie kaum älter sein als sechzehn Jahre. . . . Aber Sie sind gewiß vom Lande, nicht wahr?"

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] Heft der „Jahrbücher" begründet Delbrück nun zunächst eine gewisse Reform des Reichstagswahlrechts. Aber sein Schritt nach vorwärts ist auf diesem Gebiete nur winzig. An den Proportionalwahlsystemen läßt Delbrück kein gutes Haar: allesamt hätten sie den Fehler, daß sie dem „Volke" vollends die Entscheidung aus der Hand nehmen und sie den Wahlorganisationen zuschieben. Der Proporz treibe auch dazu, das Allgemeinwohl beiseite zu setzen und Sonderinteressen nachzujagen. Da aber auch die Mängel des Majoritätsprinzips offen zutage liegen (ein Wähler in Schaumburg-Lippe habe das 31fache Wahlrecht eines Wählers in Teltow-Charlottenburg, und 12 Wahlkreise hätten über 100 000 Wähler, während die Durchschnittszahl 36 377 sei), so will Delbrück den elf ganz großen Wahlkreisen je drei Abgeordnete geben, die nach irgend einem Proporz (!) gewählt werden sollen.

Dann kommt Delbrück auf die Verfassungsreform und auf den Reichsverfassungsausschuß zu sprechen. Was bisher vorgeschlagen wurde und von dem Ausschuß angenommen worden, sei nicht gerade tiefgreifend, aber doch immerhin bedeutsam. Delbrück ist grundsätzlich der Auffassung, daß sich unser Staatswesen in diesem Kriege bewährt habe, und daß es dem unserer Gegner überlegen sei, deshalb sei um so weniger Anlaß, hieran etwas zu ändern, als namentlich die Engländer sich gar nicht anders mehr zu helfen wissen, als daß sie ihrerseits unsere Institutionen eine nach der anderen nachahmen. Vor allem will Delbrück nichts von einer Ueberführung des monarchisch-konstitutionellen Staates in das „parlamentarische Parteiregiment" wissen, das die Sozialdemokratie und die Freisinnige Volkspartei anstrebe. Etwas anderes sei es aber, ob die positiven Vorschläge, die die Verfassungskommission bisher zutage gefördert hat, einen radikalen Umschwung wirklich bedeuten.

Der Frage eines Staatsgerichtshofes, der eventuell dem Kanzler an den Kragen gehen könne, sei keine besondere Bedeutung beizumessen; denn eine Reichstagsmehrheit, die sich stark genug fühle, das Richtschwert über den Kanzler zu zücken, fühle sich auch stark genug, den Kampf um die Gewalt mit dem Kaiser und den Bundesfürsten aufzunehmen. Praktisch eingreifend aber sei der Vorschlag, den Mitgliedern des Bundesrats die Mitgliedschaft im Reichstage zu gestatten, da das intellektuelle Niveau des Reichstages seit seiner Begründung sehr stark herabgegangen sei. Zwar ließe sich das ausgleichen durch die Kritik und die Kontrolle der Parteien und der Presse; die Stelle, wo es aber fehlt, sei auf dem entgegengesetzten Ende zu suchen: im Nachwuchs des Beamtentums. Die Erziehung dieses Nachwuchses habe bei uns etwas Beengendes und Schematisches. Die Folge sei, daß es in Deutschland immer so erstaunlich schwer sei, für die leitenden Stellen im Staat geeignete Persönlichkeiten zu finden. „Welche mittelmäßigen Geister habe ich unter den Ministern seit den 70er Jahren kennen gelernt!" — so ruft Delbrück aus. Der föderative Charakter des Reiches vertrage sich mit einer parlamentarischen Regierung nicht, doch einen Vorzug hätten die parlamentarisch regierten Staaten: einen größeren Reichtum an Persönlichkeiten, die sich befähigt zeigen, die leitenden Staatsstellen einzunehmen. In Preußen-Deutschland dagegen müsse man mit der Diogeneslaterne herumgehen, wenn irgend ein hoher Posten zu besetzen ist. Die beste Aushilfe hätten bisher noch die großen Kommunen und andere Selbstverwaltungskörper mit ihren Beamten gegeben; doch auch die Parlamente müßten eine Pflanzstätte für die leitenden Stellen in der Regierung werden. Ein solches Vorgehen sei nicht gleichzusetzen mit dem, was man parlamentarisches Regierungssystem nennt: denn in diesem werden die Minister grundsätzlich aus den Mitgliedern des Parlaments genommen. England habe während des Krieges sein altes Staats- und Verwaltungssystem fallen lassen müssen und es nach preußischem Muster ausgebaut. Daher solle man nicht zum englischen System übergehen. Aber in der Personenfrage müsse man in Deutschland weitherziger werden und gewisse starre, einseitige Traditionen fallen lassen. Das gelte auch von unserem Verwaltungsorganismus im ganzen. „Wir wollen nicht nur von Junkern und Korpsstudenten und solchen, die sich ihnen angeglichen haben, regiert werden!" Das sei aber nicht Sache der Gesetzgebung, sondern eine praktische Aufgabe der Regierungskunst.

Mit der vom Reichsausschuß geforderten Gegenzeichnung des Ministers bei den Offiziersernennungen ist Delbrück einverstanden. Die Monarchie verliere nicht nur nicht durch eine solche Nachgiebigkeit, sondern sie gewinne. Die Einführung der konstitutionellen Verfassung bedeutete einst auch große Beschränkung des bis dahin absoluten Königtums, das Ergebnis sei aber nicht eine Schwächung, sondern eine gewaltige Machtsteigerung gewesen. Den Republikanismus der Sozialdemokratie fürchtet Delbrück nicht; dieser sei schließlich doch nur ideologischer Natur. Auch die Liberalen hätten früher republikanische Anwandlungen gehabt. Durch geeignetes Entgegenkommen könnten die republikanischen Tendenzen entkräftet werden. Das hohenzollernsche Volkskönigtum solle nur auf einer gewissen Wechselseitigkeit beruhen und auf jedem der großen Gebiete des öffentlichen Lebens mit der Volksvertretung in Beziehung stehen. Bei der vorliegenden Frage bleibe übrigens die Kommandogewalt des Kaisers als solcher und ebenso das Ernennungsrecht unberührt. Die Verschiebung vollziehe sich zunächst nur zwischen dem Chef des Militärkabinetts und dem Kriegsminister. Das sei aber bedeutsam, weil der Kriegsminister im Reichstage zur Rede gestellt werden könne, der Chef des Militärkabinetts aber nicht. Grundstürzend sei diese Verschiebung jedoch nicht. Man komme daher nicht mit dem Hinweis auf die Konsequenzen; mit solchem Hinweis könne man jede Reform unterbinden.

Delbrück untersucht, wie man sieht, die vom Verfassungsausschuß angenommenen „Reformen" nach der Richtung, ob sie dem monarchischen Prinzip Schaden tun können oder nicht. Er kommt schließlich zu folgendem Resultat:

„Bei den Reformen von so maßvollem Charakter [illegible] so sollte man das Wort von der Neuorientierung überhaupt niemals ausgesprochen haben. Eine Verfassung beruht nicht nur auf den geschriebenen Paragraphen, sondern auch auf der Gesinnung, die dahinter im Volke lebt. Dieselben Konservativen, die mit Eifer für die Erhaltung der monarchischen Rechte in der Verfassung streiten, sind es, die heute der wüstesten Demagogie, die das Vertrauen zur Monarchie im Volke zu untergraben bemüht ist, offenen Vorschub leisten. Daß diese Reformen keineswegs weitere tiefgreifende Umwälzungen im Gefolge haben müssen, ist [illegible]. Möge der Reichsverfassungsausschuß die neue Koalition, die ihm zugewiesen werden soll, als eine „[illegible]" ablehnen, das Entscheidende ist allein, ob die vorgeschlagenen Reformen dem Volke und dem Bedürfnis der Zeit entsprechen und als organische, wohlbedachte Fortbildung unseres Staatslebens anzusehen sind. Diese Frage müsse bejaht werden."

Jede Blume aus Blutstropfen.

Mit Superlativen sonder Zahl beschreibt Luigi Barzini seine Berichte über die Karstschlacht im „Corriere della Sera". Die Berge, die die Italiener vor zwei Jahren so [illegible] bluten, daß sie von ihrem Kriege nur als von einem „Spaziergang" sprachen, werden jetzt mit allen Schaudern der Romantik ausgestattet, um es einigermaßen verständlich erscheinen zu lassen, warum sich die Italiener an ihnen zu Tode bluten.

„In der ganzen Welt", schreibt Barzini, „gibt es kein Schlachtfeld wie das unsere, in dem jeder Abschnitt sein ganz besonderes Gepräge, seinen ausgesprochenen, nur ihm eigentümlichen Charakter hat. Die Gipfel, Einsattelungen, Schluchten, Hügel, auf denen gekämpft wird, nehmen in unserer Phantasie die Form grotesker Lebewesen an, deren jedes seine eigene Taktik, seine beinahe persönliche Kampfweise hat. Gegen jeden dieser feindlichen [illegible] will auf andere Weise gekämpft sein. Der wilde, gewaltige Kuk [illegible], der alles in seinem [illegible] und, einmal [illegible], sich nicht mehr [illegible]. Der [illegible] ist der Athlet, der [illegible] wenn er [illegible] mit der Schulter [illegible] [illegible]

es, die angreifen, Einsattlungen, die sich verzweifelt bis zum äußersten wehren, Bergkämme, die ungefährlich scheinen, aber heimtückisch in den Hinterhalt locken. So stark fühlen wir sie als lebende Wesen, daß wir uns über ihre Absichten den Kopf zerbrechen, als konzentriere sich eine Feindseligkeit hinter diesen grimmen Bergstirnen, deren sich die Oesterreicher nur zu bedienen brauchen. Die furchtbarsten Hindernisse stellt uns in der Tat die Natur entgegen.

Geraume Zeit schon wütete die Schlacht in dem schauerlichen Aufzug gewappneter Berge, nur der **Karst** lag noch immer geheimnisvoll und finster abseits auf der Lauer. Er wartete auf seine Stunde. Während die Isonzoschluchten von gräßlichem Donnerkrachen widerhallten, lag er in unheimlicher Ruhe da, aus der die Erwartung keuchte. Am stärksten bewaffnet, am besten ausgebaut, verharrte der Karst, das **furchtbarste der kriegführenden Massive**, am längsten in seiner schweigenden Untätigkeit. Aber dieser schwerfälligen Schläfrigkeit war nicht zu trauen. Von hier zog der Feind weder Leute noch Kanonen fort, um bedrängten Stellungen zu Hilfe zu kommen. Im Gegenteil, immer neue Reserven schaffte er noch bis zuletzt heran, und mit den größten Kalibern mit Dreadnoughtgeschützen suchte er die Isonzoebene ab, um unsere Lebenszentren zu zerstören, so daß aus ihrem lichtvollen Grunde, der an das Meer, dessen Vorläufer er ist, gemahnt, bald hier, bald dort Riesenfeuersäulen wie große Brände gen Himmel loderten.

Die stärksten Verteidigungswerke, die dichtesten Menschenwogen, die zahlreichste Artillerie hatte der Feind auf dem Karste gruppiert, der schon an und für sich eine **finstere kolossale Festung** ist. Jede Höhle sozusagen eine **unbezwingbare Feste**, ein uneinnehmbar scheinendes Gewahrsam. Eine ganze Armee kann in den phantastischen **Eingeweiden des Berges** in vollkommener Sicherheit den Augenblick ihres Eingreifens **abwarten**. Der große Gürtel natürlicher Grotten liegt gerade in dem gegenwärtigen Frontbereich. Von Stalaktiten funkelnde unterirdische Hallen trifft man dort um so zahlreicher, je weiter man nach Osten kommt. Unermüdlich hat sich der Feind hier ein ganzes Jahr lang verschanzt. **Unendliche Gänge** hat er in den Fels gehauen, komplizierte Verteidigungssysteme ausgeklügelt, nicht auffindbare Maschinengewehrverstecke in größter Anzahl angelegt und sie mit Steinen und Reisern maskiert. Und nicht nur auf die hochgelegene Front hat er seine Vorsichtsmaßregeln verschwendet, die alle Erfahrungen dieses Krieges in sich einbegreifen, auch die tiefer gelegenen Regionen hat er mit einem unentwirrbaren Labyrinth von Hindernissen gespickt.

Einst bildeten die Schützengräben eine sich schlängelnde Linie, heute sind sie ein weitverzweigtes Straßennetz, das nach jeder Richtung hin verläuft, sich zu den phantastischen Arabesken kräuselt, in jedem Punkt eine unübersehbare Fülle aufeinanderfolgender Hindernisse bildet. Sie sind derart angelegt, daß, wenn auch eine Linie eingedrückt ist, sofort andere zur Seite und gegenüber die Verteidigung aufnehmen. Die Angreifer, die in die vordersten Gräben gedrungen sind, sehen sich in Irrgängen von weiteren Schützengräben gefangen. Die Schwierigkeiten einer solchen Kriegführung sind fabelhaft.

Noch am 22. ruhte über dem Zentralmassiv des Karstes das große Schweigen. Dann brach das **wildeste, wüsteste, fürchterlichste Feuergewitter** los, das wir in diesem Krieg erlebt haben, vielleicht war es das gewaltigste aller Schlachten.

Wenn man den westlichen Höhenzug des Karstes überschreitet, jene historischen Kuppen, die sich jetzt seit einem Jahre vom Kampf erholen, auf denen **jede Blume aus Blutstropfen aufsprießt**, enthüllt sich mit einemmal ein riesiges Panorama von sturmgepeitschten Wolken, ein Chaos lodernder, wildbewegter vielfarbener Dünste, ein Wallen und Brodeln dickflüssiger Nebel, daß man glaubt, ein Gewitter mit bizarren Blitzen aus der Vogelschau zu betrachten. Es ist, als ob vom Faiti Hrib bis zum Meere **der ganze Karst ein Höllenkessel** wäre, der die Welt in Flammen ertränken wollte. Wenn die Bora mit heftigem Blasen plötzlich dazwischen fuhr, jagten die Explosionsstrahlen, sich plötzlich bückend, wie gehetzt, gleich einem gespenstischen Geisterheer in Flammenmänteln am Himmel daher. Von allen Seiten funkelten Myriaden von Blitzlichtern auf, und der Boden erbebte von dem endlosen Donnergeroll.

Wer den Karst früher gesehen hat, wird ihn nicht mehr wiedererkennen. Kostanjevica ist verschwunden, ist nur noch ein Haufen weißlichen Gerölls. Temniza ist ein blasser Fleck auf einem nackten Hügel und lag doch einst in Wälder gebettet. Es gibt **keinen Baum mehr**, es gibt **keine Wiese mehr**, das ganze Hochplateau ist **eine** wüste Einöde zerriebenen Gesteins mit ein paar letzten aschenfarbenen Sträuchern. Der Karst scheint heute ein Stück eines toten Planeten. Er erinnert an den Mond, so farblos, einförmig, ausgestorben ist er.

Das Leichentuch von Rauch wird undurchdringbar. Die Schlacht der Infanterien löst sich im Unsichtbaren auf, in einem Wolkenmeer, das diesem Ringen eine sagenhafte Größe gibt. Einmal ist das Tal derartig mit Rauch angefüllt, daß man an einen Gasangriff glaubt und alles die Gasmaske in Bereitschaft hält.

An einen Felsen gelehnt, sieht ein alter General nachdenklich auf das grandiose, unwahrscheinlich anmutende Bild. Plötzlich wendet er sich zu den ihn im Halbkreis umringenden Offizieren und ruft: „Ich möchte wohl wissen, was **N a p o l e o n**, wenn er noch auf der Welt wäre, im modernen Krieg anfinge, er, der fünfhundert Schritt hinter der Infanterie vom Sattel eines Pferdes aus die ganze Schlacht überblicken konnte."

Die energische, warme Stimme des Generals verrät ihn, auch ohne daß man seine Züge wahrnimmt. Es ist **C a d o r n a**. Einen Augenblick entblößt ein Lächeln seine Zähne, dann verfällt er wieder in Nachdenken vor dem rauchenden Höllentoben der Schlacht."

Eine Woche nach Beendigung der 19tägigen zehnten Isonzoschlacht haben die Italiener auf demselben Karst einen Teil ihres Raumgewinns wieder hergeben und dabei 10 000 Gefangene den Gegnern überlassen müssen. Da erstarb Cadornas Lächeln.

Ernährungsfragen.

576 Verordnungen über Lebensmittelverteilung.

Eine sehr zeitgemäße für Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise wichtige Zusammenstellung gibt das städtische Lebensmittelamt in Frankfurt a. M. heraus. Bisher sind schon vier Bände erschienen, die die Bundesratsverordnungen allgemeiner Art über die Lebensmittelversorgung registrieren, weiter die zur Ausführung dieser Vorschriften grundlegenden Frankfurter Verordnungen. Es sind deren schon 576 erschienen, woraus man sich ungefähr ein Bild machen kann, wie heute die Gemeinden in der Lebensmittelversorgung zu reglementieren haben. Genosse Kirchner, der im Auftrage des Lebensmittelamtes die Herausgabe besorgt, sagt im Vorwort zum vierten Band, daß die Gemeinden gar keinen Einfluß auf die Zahl der Verordnungen haben, da jede reichsgesetzliche Bestimmung **s c h e m a t i s c h n e u e V e r o r d n u n g e n d e r S t ä d t e n ö t i g m a c h t**.

Eines ergebe sich aber aus den Verfügungen der städtischen Behörden: sie haben im Laufe der Zeit eingesehen, daß für die wichtigsten Lebensmittel die **E n t e i g n u n g**, die schärfste Kontrolle der Bestände unter Mitwirkung des Publikums, unbedingt nötig ist. — Der Führer hat nicht nur für Frankfurter Interesse, er dürfte wegen seiner scharfen Erfassung sämtlicher Vorgänge, die sich zwischen Behörden und Lebensmittelamt abspielen, auch auswärts gute Dienste leisten.

Aus der Partei.

Die neue Gleichheit. Am 8. Juni ist die erste Nummer der „Gleichheit" unter der neuen Redaktion von Marie Juchacz und Heinrich Schulz erschienen. Sie legt in einem Einleitungsartikel die Gründe dar, welche die Entlassung Klara Zetkins unvermeidlich gemacht haben, und betont dabei die außergewöhnliche Duldsamkeit, welche die Partei ihr zwei Jahre lang entgegengebracht hat, obwohl sie in immer schärferer Opposition nicht nur zu den Anschauungen der Partei, sondern auch zu ihrer Organisation trat. Für die mehr als 25jährige Arbeit, die Klara **Zetkin** als leidenschaftliche Kämpferin und unermüdliche Arbeiterin und hochintelligente Führerin der sozialdemokratischen Frauenbewegung und der „Gleichheit" geleistet hat, wird ihr trotz der Trennung Dank dargebracht. Zugleich aber erklärt das Blatt, von nun an die demokratische Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit vertreten und wieder das demokratische Programm als Richtschnur anerkennen zu wollen. Ein starkes und freies Deutschland sei die erste Vorbedingung für eine starke und freie deutsche Arbeiterbewegung, sowie für die Fortentwicklung der deutschen Kultur. In diesem Rahmen wird die „Gleichheit" künftig für die Befreiung der Arbeiterklasse und Gleichberechtigung der Frau kämpfen und sich bemühen durch politische Aufklärung, leicht verständliche Belehrung und wertvolle Unterhaltung ihren Platz neben den Tageszeitungen der Partei und neben der gewerkschaftlichen Frauenzeitung auszufüllen. Wir wünschen dem reorganisierten Frauenblatt der Partei, daß es namentlich im Versprechen der Gemeinverständlichkeit, die bisher in der „Gleichheit" sehr fehlte, treu bleiben und zahlreiche Leser finden möge.

Aus dem Gerichtssaal.

Oesterreichische Militärgerichtsurteile. Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt: Was die Militärgerichte in diesen drei Jahren zusammengeurteilt haben, wird allmählich auch der größeren Oeffentlichkeit bewußt werden: im Spiegel der Begnadigungen. Wir haben jüngst von der Verurteilung zum Tode wegen Verbreitung eines unbeanstandet gebliebenen Gedichts gehört, und daß der Kaiser die Begnadigung sofort ausgesprochen hat, wird wohl als Beweis erachtet werden, daß er von dem Urteil nicht minder erschüttert war, wie alle, die davon Kenntnis erhielten. Nun hat der Kaiser die Hebamme Ludmilla **K u b a r t** begnadigt. Erwägen wir doch den Fall. Das ist nach allem, was man sieht, eine Wiener Bürgersfrau, der alles Unpatriotische oder Aufrührerische ganz fern liegt. Ihr Mann ist seit Kriegsbeginn an der Front, nennt zwei Auszeichnungen sein eigen; immerhin ein Beweis, daß das keine staatsgefährliche Familie ist. Die Frau, die offenbar schlimme Zeiten durchmacht, macht beim Aufstellen „unpatriotische" Bemerkungen. Wir kennen ihren Wortlaut nicht; aber daß es nur Aeußerungen eines Unmutes waren, wird wohl nicht zu bezweifeln sein. Wie können die „Aeußerungen" zur Kenntnis der Behörde gekommen sein? Offenbar infolge einer erbärmlichen Denunziation — was zwar die strafgerichtliche Beurteilung nicht berührt, aber das Gericht doch zu großer Vorsicht mahnen sollte. Die Verhandlung findet **a n d e r t h a l b J a h r e** nach dem „Verüben" der „Tat" statt: ein zu langer Zeitraum, um ihren genauen Wortlaut feststellen zu können! Trotzdem gelangt das Landwehrdivisionsgericht — die **H e b a m m e** vor dem **M i l i t ä r g e r i c h t**! — zu einer Verurteilung und erachtet die Strafe mit **d r e i M o n a t e n s c h w e r e n K e r k e r** als angemessen. Der Militäranwalt beruft gegen die zu geringe Strafe! Und der Oberste Landwehrgerichtshof erhöht sie auf **a c h t M o n a t e s c h w e r e n K e r k e r**! Die Prager Blätter berichten: Der tschechische Schriftsteller und Forschungsreisende Johann **H a y l a s a** wurde dieser Tage aus dem Prager Garnisonsgefängnis entlassen, wo er **w e g e n e i n e r A b h a n d l u n g ü b e r K o l o n i a l p o l i t i k e i n e e i n j ä h r i g e K e r k e r s t r a f e v e r b ü ß t h a t t e**. Man lese das: Wegen einer Abhandlung über Kolonialpolitik ein Jahr schweren Kerker!

Aus Nah und Fern.

Die Verhaftung im Wasser. Ein merkwürdiger Vorfall spielte sich am Freitag nachmittag in Berlin an der Kronprinzenbrücke ab. Man sah, wie ein Soldat seinem Begleiter einen Faustschlag ins Gesicht versetzte und dann über die Brüstung ins Wasser sprang. Der Geschlagene, ferner ein vorübergehender Major und ein Schutzmann sprangen dem „Selbstmörder" nach und zogen ihn nach heftiger Gegenwehr aus den Fluten. Es war aber nicht sowohl eine Rettung als eine Verhaftung. Ein Kriminalbeamter hatte am Brandenburger Tor in einem dort spazierenden Soldaten einen gewissen Werner Ronzler aus Köln erkannt, der wegen zahlreicher Schwindeleien und Urkundenfälschung gesucht wurde. Er nahm ihn fest und brachte ihn nach der zuständigen Polizeiwache. Als der Beamte den Schwindler später nach dem Polizeipräsidium befördern wollte, versetzte dieser ihm auf der Kronprinzenbrücke plötzlich einen wuchtigen Faustschlag ins Gesicht und sprang in die Spree, um zu entkommen. Ein vorübergehender Major, der den anscheinend lebensmüden Soldaten retten wollte, der Kriminalbeamte und ein Schutzmann stürzten sich, wie gesagt, ebenfalls ins Wasser. Als der Flüchtling die Verfolger sah, stellte er sich im Wasser zum Kampf und setzte seiner „Rettung" heftige Gegenwehr entgegen. Es gelang aber schließlich, ihn zu überwältigen, der nun plötzlich das Bewußtsein verlor. Man brachte ihn als Polizeigefangenen in die Charitee.

Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich in **S c h ö n e i c h e** bei Zossen ereignet. In einer Fabrik für Müllverwertung ließ die 15jährige Martha Zacharias einen Sack, in dem sich Gehäuse von alten Weckuhren befanden, fallen. Im gleichen Augenblick ertönte ein heftiger Knall und die Metallteile flogen im Raume herum. Dabei wurde die Z. so schwer an der Brust verletzt, daß sie nach wenigen Augenblicken starb. Ihrer Kollegin Lydia Gutka wurden beide Füße abgerissen. Man glaubt, daß sich ein Granatzünder in dem Sack befunden habe, der bei dem Aufschlagen des Sackes auf den Boden explodierte.

Durch giftige Gase getötet. In einem Dorfe an der pfälzisch-elsässischen Grenze fiel ein **1 4 j ä h r i g e r B a u e r n s o h n** in eine mit Jauche gefüllte Grube. Nacheinander eilten sein **V a t e r**, seine **M u t t e r** und seine **S c h w e s t e r** hinzu, um ihn zu retten, aber **a l l e** wurden von den ausströmenden giftigen Gasen **b e t ä u b t** und **e r t r a n k e n i n d e r G r u b e**. Erst dem Großvater und einem herzugekommenen Soldaten gelang es, die **L e i c h e n d e r v i e r P e r s o n e n** zu bergen.

Schweres Erdbeben in San Salvador. Ein Telegramm aus San Miguel (San Salvador) meldet: Die 60 000 Einwohner zählende Hauptstadt **S a n S a l v a d o r i s t v o l l k o m m e n z e r s t ö r t**, unzweifelhaft durch ein Erdbeben oder durch den Ausbruch eines Vulkans. Ein weiteres Telegramm aus Tegucigalpa besagt: Auch **s e c h s a n d e r e S t ä d t e** wurden **z e r s t ö r t**. Das letzte Telegramm, das noch aus der Trümmerstätte eingetroffen ist, meldet: **A l l e s r i n g s i n e i n e m U m k r e i s e v o n 4 0 M e i l e n i s t z e r s t ö r t**. Die Einwohner von San Salvador lagern in den Straßen und Parkanlagen. Vermutlich ist das Unglück durch den **A u s b r u c h d e s V u l k a n s** verursacht, an dessen Fuß die Stadt gelegen ist.

San Salvador, die Hauptstadt der kleinsten mittelamerikanischen Republik gleichen Namens, die etwas über 1¼ Millionen Einwohner zählt, wurde schon mehrfach durch größere Erdbeben, zuletzt in den Jahren 1872 und 1879, heimgesucht. Die Stadt liegt etwa 700 Meter über dem Meere, am Fuße eines Vulkans. Die Stadt San Salvador ist Bischofssitz und hat eine Universität. Der Handel befaßte sich hauptsächlich mit dem Vertrieb von Kaffee und Indigo.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.